

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische allgemeine Zeitung. 1951-1959 1953

207 (5.9.1953)

Schriftleitung, Verlag und Vertrieb: Karlsruhe, Waldstraße 28. Telefon 7190-35. Postverlagsort: Karlsruhe 1 — Bankkonten: Städtische Sparkasse, Karlsruhe 3603; Volksbank eGmbH, Karlsruhe 1963. Bad. Kommunale Landesbank, Karlsruhe 2161. Postscheck: AZ, Karlsruhe Nr. 2396 — Erscheint täglich morgens, außer sonntags. — Erfüllungsort Karlsruhe. — Monatsbezugspreis 2,00 DM, zuzüglich 40 Pfg. Trägergebühr bei Zustellung ins Haus bzw. 54 Pfg. bei Postzustellung. Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge höherer Gewalt erfolgt keine Entschädigung. — Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen. — Anzeigenrundpreis: Die gespaltene Millimeterzeile 30 Pfg. — Einzelpreis 30 Pfg. — r

Morgen hat die deutsche Bevölkerung zu entscheiden und sonst niemand!

Proteststurm gegen Dulles-Erklärung

Ollenhauer zum 6. September / Aufruf für Deutschland / Dulles ist plötzlich „bestürzt“

BONN/WASHINGTON/HAMBURG (EB/dpa) — Die Erregung, die in fast der gesamten deutschen Öffentlichkeit durch die massive Wahlintervention des amerikanischen Außenministers Dulles ausgelöst wurde, hält in den letzten Stunden des Wahlkampfes mit unverminderter Stärke an. In Bonner politischen Kreisen ist man sich darüber im klaren, daß sich hier ein Vorgang abgespielt hat, für den man in der modernen Geschichte kaum eine vergleichbare Parallele findet. Aufmerksamkeit hat auch eine Erklärung von Bundespresseschef von Eckardt gefunden, der am Freitag auf einer Pressekonferenz auf Befragen zum Ausdruck brachte, daß die Bundesregierung über diese amerikanische Wahlhilfe „durchaus angenehm überrascht worden sei“. In Bonn wurde diese Identifizierung mit den Methoden einer ausländischen Wahlbeeinflussung mit Befremden zur Kenntnis genommen. Die offene Intervention des amerikanischen Außenministers fand am Freitag auch das stärkste Interesse vieler maßgebender ausländischer Zeitungen, die das Vorgehen von Dulles kritisierten. Dulles selbst, so wurde aus Washington berichtet, sei nun „bestürzt“ über seine Äußerungen, die jedoch in Washington nach wie vor „als nachdrückliche Unterstützung der Bonner Koalition bei den Bundestagswahlen angesehen werden“.

„Die politische Entscheidung vom 6. September ist allein eine Sache des deutschen Volkes, und wir Sozialdemokraten verwehren uns dagegen, daß Außenminister fremder Staaten jetzt auch noch Propaganda für die Adenauer-Regierung machen zu müssen glauben“. Mit diesen Worten wies noch am Donnerstagabend der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer die Erklärung des amerikanischen Außenministers Dulles zurück und bezeichnete die Dulles-Erklärung, „daß eine Niederlage der Regierungskoalition am 6. September katastrophale Folgen für die Politik der Wiedervereinigung haben müsse“, als eine der ungehörigsten Interventionen, gegen die sich die SPD mit aller Schärfe und Entschlossenheit zur Wehr setze.

Der erste Vorsitzende der Deutschen Partei, Bundesminister Heinrich Hellwege, versuchte am Freitag in Neuenkirchen (altes Land), peinlich berührt von Dulles abzurücken, indem er erklärte, „diese vielleicht gut gemeinte Stellungnahme von außen her wäre besser unterblieben“, während der stellvertretende Vorsitzende der FDP, Dr. Hermann Schäfer, in der Erklärung von John Foster Dulles „keine Einmischung in die innerpolitischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik“ sieht.

Kanzler verkündet „neue Konzeption“

Letzter Rettungsversuch für zusammengebrochene Außenpolitik

BONN (EB/dpa). — Bundeskanzler Dr. Adenauer hat am Freitag in einer den Westmächten zugestellten Erklärung eine neue Konzeption seiner Außenpolitik entwickelt und darin nun die Bildung „eines weltumspannenden Sicherheitssystems einschließlich des Ostblocks und einen umfassenden wirtschaftlichen Austausch zwischen dem europäischen Markt und dem Wirtschaftsgebiet der Sowjetunion“ vorgeschlagen. Die Vorschläge, so meinte der Kanzler, sollen Verhandlungen mit der Sowjetunion ermöglichen und „den Schlüssel zur Wiedervereinigung Deutschlands bilden“.

Zu diesem Vorschlag Adenauers verlaute am Freitag aus dem französischen Außenministerium, es sei nicht das erstmalig, daß der Kanzler mit einem derartigen Projekt an die Öffentlichkeit trete. Der jetzt vorgelegte Plan werde zwar mit dem größten Interesse geprüft werden, erscheine aber auf den ersten Blick als verfrüht. Voraussetzung für seine Verwirklichung sei das Vorhandensein eines Friedensvertrages mit Deutschland, auf den sich erst weitere Abmachungen stüt-

„Gutes Wahlwetter“ vorausgesagt

HAMBURG (dpa) — Wie wird das Wetter am Wahlsonntag? Diese Frage ist nicht unwichtig, denn Regen oder Sonnenschein wirken sich auf die Wahlbeteiligung aus. Die Wetterdienste in Nord- und Süddeutschland kündigen für das kommende Wochenende im wesentlichen gutes Wetter an. Nach Ansicht des Seewetteramtes in Hamburg werden die Temperaturen bei überwiegend freundlichem Wetter voraussichtlich bis auf 25 Grad steigen. Die Wetterwarte Stuttgart rechnet mit einem warmen Sonntag ohne Niederschläge bei leichter Bewölkung. Die Auskunft des Wetterdienstes München: heiter bis wolkig, ohne nennenswerte Niederschläge.

Rom über Dulles-Erklärung bestürzt

ROM (dpa). — Die Erklärung des amerikanischen Außenministers Dulles, der am Donnerstag von der Dreimächte-Erklärung des Jahres 1948 über Triest abgerückt ist, wurde am Donnerstagabend in Rom mit Überraschung aufgenommen. In der italienischen Hauptstadt wurde betont, die Dreimächte-Erklärung sei in den letzten fünf Jahren der wichtigste Aktivposten in der italienischen Politik gewesen.

Voller Empörung äußerte sich am Freitag der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Max Brauer (SPD), und erklärte, das Eingreifen eines amtierenden Außenministers in den Wahlkampf eines anderen Landes sei eine beleidigende Kränkung eines freien Volkes und verdiene die schärfste Zurück-

Bewegender Aufruf Ollenhauers

Für ein geeintes Deutschland in Frieden und Freiheit

BONN (EB/dpa) — Zum Abschluß des Bundestagswahlkampfes richtete der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, am Freitag einen eindringlichen Appell an die 33 Millionen Wählerinnen und Wähler in der Bundesrepublik, in dem er sie auffordert, sich bei der Stimmabgabe am kommenden Sonntag zum Wohle des deutschen Volkes für die Sozialdemokratische Partei zu entscheiden. In dem Wahlauftritt faßt Ollenhauer noch einmal die Zielsetzungen einer sozialdemokratisch geleiteten Bundesregierung für die nächsten Jahre in einem Drei-Punkte-Programm zusammen.

Er nannte als oberstes und dringlichstes Ziel der SPD die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und auf friedlichem Wege. 2. Die Zurückführung eines geeinten, freien demokratischen Deutschlands in die Gemeinschaft der freien Völker als gleichberechtigter Partner

mit gleichen Rechten und Pflichten, wobei Ollenhauer ausdrücklich betont, daß das Nein der SPD zum Klein-Europa das Ja sei zur Mitarbeit an einer umfassenden Neuordnung dieses Kontinents. Als dritten Punkt nannte Ollenhauer die Notwendigkeit, eine wirtschaftlich und sozial gerechte Neuordnung im Innern Deutschlands durchzuführen. Vor allem werde es notwendig sein, die Lasten der Katastrophe des Dritten Reiches gerecht zu verteilen. Eine solche Aufgabe könne nicht mit den restaurativen und pseudo-liberalen Vorstellungen der Bonner Koalition gelöst werden, sondern sie erfordert neue Pläne, harte Fäuste, helle Köpfe und mitfühlende Herzen.

Das unsachliche Verhalten des Kanzlers und die von den Koalitionspolitikern angewandten Methoden der Verleumdung — von der auch die große Organisation des Deutschen Gewerkschaftsbundes betroffen wurde — seien, so heißt es in dem Aufruf weiter, ein politischer Tatbestand, der sich eindeutig gegen eine nochmalige Betrauung der jetzigen Regierungsparteien mit der Leitung der Geschichte des deutschen Volkes richtet. Die Innen- und außenpolitische Bedeutung der kommenden Entscheidung sei so groß, so erklärte Ollenhauer, daß allein diese Tatsache die verantwortungsbewußten Parteien hätte veranlassen sollen, den Wahlkampf sachlich und fair zu führen. Die Sozialdemokraten bedauern, daß dieses Ziel nicht erreicht wurde.

Zum Abschluß des Aufrufes heißt es: „Die Sozialdemokratie wird sich also einsetzen für Frieden, für Wiedervereinigung in Freiheit, für Gleichberechtigung und für soziale Gerechtigkeit. Die Entscheidung über den Weg der nächsten vier Jahre liegt am 6. September in der Hand der deutschen Wähler, denen wir sagen: Wählen Sie Sozialdemokraten!“

zen könnten. Der Wert des Vorschlages liege daher, soweit sich bereits erkennen lasse, eher in den Anregungen, die er gebe, als in dem Möglichkeitsgrad seiner Verwirklichung.

Im Foreign Office in London wurden diese Vorschläge zurückhaltend aufgenommen und erklärt, England würde die neuen Vorschläge „sorgfältig studieren“, sobald die angekündigte Übermittlung auf diplomatischem Wege erfolgt sei.

„Ein letzter hoffnungsloser Versuch“

Von sozialdemokratischer Seite wurde erklärt, mit seinem neuen Vorschlag mache der Kanzler einen letzten hoffnungslosen Versuch, den Zusammenbruch seiner außenpolitischen Konzeption zu verschleiern. Der EVG-Vertrag sei tot und auch die Bemühungen, diesem Vertrag die verschiedensten und zum Teil einander widersprechenden Auslegungen zu geben würden daran nichts ändern. Die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und der Aufbau eines einheitlichen freien Europas im Rahmen einer friedensfördernden Weltorganisation sei nicht auf dem Wege zu erreichen, den Dr. Adenauer vier Jahre lang vergeblich gegangen sei.

Jugoslawien droht mit Gegenmaßnahmen

Immer noch Notenkrieg zwischen Jugoslawien und Italien

BELGRAD. (dpa) — In einer vierten Note zur Triestfrage drohte Jugoslawien am Freitag der italienischen Regierung mit militärischen Gegenmaßnahmen im italienisch-jugoslawischen Grenzgebiet. Der Inhalt der neuen Note wurde Vertretern der Auslandspresse in Belgrad mitgeteilt. Die italienische Antwortlichen Gegenmaßnahmen im italienisch-jugoslawischen Grenzgebiet weist darauf hin, daß sie „bisher die italienischen militärischen Demonstrationen im Grenzgebiet nicht mit Gegenmaßnahmen beantwortet hat“. In ihren bisherigen Noten habe die jugoslawische Regierung die Erwartung geäußert, Italien werde seine militärischen Vorkehrungen rückgängig machen und den normalen Zustand an der Grenze wiederherstellen. Falls die jugoslawische Regierung feststellen sollte, daß Italien den anomalen Zustand im Grenzgebiet aufrechterhält, müßten entsprechende Maßnah-

men auf jugoslawischem Gebiet erwogen werden.

Ein Sprecher des jugoslawischen Außenministeriums fügte hinzu, Italien habe in seiner Note vom 1. September bestätigt, daß es militärische Maßnahmen getroffen hat. Wenn dieser Zustand andauert, so könne die jugoslawische Regierung sich zu Gegenmaßnahmen gezwungen sehen.

USA-Anfrage in Peking

STOCKHOLM. (dpa) — Die schwedische Botschaft in Peking hat, wie das Stockholmer Außenministerium am Freitag mitteilte, der Regierung der chinesischen Volksrepublik am Donnerstagabend eine Anfrage der USA gestellt, ob China und Nordkorea zur Teilnahme an der für den 15. Oktober geplanten politischen Korea-Konferenz bereit sind. Die USA hatten Schweden offiziell um Übermittlung der Anfrage ersucht.



Demonstration gegen SED-Agenten

Coburg, das in Grenznähe liegt und viele Flüchtlinge aus der sowjetischen Zone beherbergt, erlebte am Donnerstagabend eine erregende Demonstration gegen die Invasion der „Friedensstreifen“. Als bekannt wurde, daß vom Coburger Amtsgericht verurteilte Rädeltäter aus dem Gerichtsgebäude abtransportiert würden, sammelte sich dort eine riesige Menschenmenge an, die jeden einzelnen Flüchtling mit beehoventen Schimpfwörtern verarschelte. Grenzschutz und Polizei konnten nur mit Mühe die Ordnung aufrecht erhalten und Tätlichkeiten verhindern. Unser dpa-Bild zeigt ein Transportauto, das dicht in die Menschenmenge eingeklinkt ist.



Adenauer erhebt Widerspruch gegen DRP-Verfugung

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat gegen die von der „Deutschen Reichspartei“ gegen ihn erwirkte einseitige Verfugung beim Landgericht Hannover Widerspruch erheben lassen. Die Verfugung untersagt es dem Bundeskanzler bis zu einer späteren gerichtlichen Entscheidung, die Deutsche Reichspartei als verfassungswidrig zu bezeichnen.

Deutsch-brasilianische Wirtschaftserklärung

Eine deutsch-brasilianische Erklärung über die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder wurde am Donnerstag im brasilianischen Außenministerium unterzeichnet. Sie folgt längeren Verhandlungen einer deutschen Wirtschaftsmission mit der brasilianischen Regierung und kündigt den Abschluß eines Freundschafts-, Handels- und Schiffsverkehrsvertrages und anderer Abmachungen an.

England beteiligt sich an Kindertafelbrücke

Großbritannien will, wie das Foreign Office bekannt gab, als Beitrag zur „Kindertafelbrücke“ 200 Flüchtlingekinder aus der Sowjetzone mit Flugzeugen aus Westberlin in die Bundesrepublik befördern.

Landtagswahl für Prof. Erik Nöthing

Gleichzeitig mit der Bundestagswahl am 6. September wird im Landtagswahlkreis Iserlohn-Land-West der Nachfolger für den am 15. Juli plötzlich verstorbenen SPD-Landtagsabgeordneten Prof. Erik Nöthing gewählt.

Pfarrer George wird freigelassen

Ein Ostberliner Gericht hat am Donnerstag das Verfahren gegen den evangelischen Pfarrer Reinhold George eingestellt und seine Haftentlassung verfügt. Pfarrer George war am 28. Februar im Vorhof der Ostberliner Marienkirche von Besatzungstruppen des Staatssicherheitsdienstes unmittelbar nach einem Gottesdienst verhaftet worden.

Eisenhower aus dem Urlaub zurück

Präsident Eisenhower hat am Donnerstag das Amt für psychologische Kriegführung aufgelöst und ein neues Amt mit seinen Aufgaben betraut, das jedoch nicht mehr die bisherige selbständige Stellung haben wird. Eisenhower kehrte am Donnerstag von einem sechswöchigen Urlaub in den Bergen in seinen Sommer-Dienstszitz nach Denver zurück.

Chile will Kommunistenverbot aufheben

Die seit 1948 in Chile verbotene kommunistische Partei soll wieder zugelassen werden. Das chilenische Abgeordnetenhaus verabschiedete am Donnerstag ein Gesetz, in dem das Verbot der kommunistischen Partei widerrufen wird. Der Gesetzesentwurf geht jetzt an den Senat. Erst nach dessen Zustimmung wird er in Kraft treten.

Europäische Föderalisten tagen

500 Föderalisten aus den sechs Montanunionstaaten treffen sich vom 6. bis 10. Oktober im Rittersaal in Den Haag zu ihrem zweiten europäischen Kongreß. Den Vorsitz führt der belgische Sozialist und Präsident des Montanparlaments, Paul Henri Spaak.

Unser KOMMENTAR

Wir brauchen einen deutschen Kanzler

Von Ernst Paul

Wer sich an die Drei-Groschen-Oper erinnern kann, wird die Szene im Finale jener Parodie vor sich sehen: eben als an Macky Messer der Spruch des Gerichts vollzogen werden soll, kommt die Begnadigung in der Hand schwingend, des Königs reitender Bote, um den Verurteilten zu retten. Es liegt uns fern, einen Vergleich zwischen Macky Messer und irgend einem Staatsmann — auch nicht, wie ausdrücklich betont werden soll, mit dem gegenwärtigen Bundeskanzler — ziehen zu wollen. Aber die Methode, die in jenem Spiel wie in der heutigen politischen Wirklichkeit zum Ausdruck kommt, weist doch eine fatale Ähnlichkeit auf. Herr Dr. Adenauer hat sich damit nicht begnügt, zu Beginn des Wahlkampfes eine Botschaft Eisenhower, die sehr nach bestellter Maßarbeit aussah, verkünden zu dürfen, er hat nun in letzter Stunde vor der Vollstreckung des Volksurteils auch noch einen Gnadenappell von Mr. Dulles empfangen.

Diese massive Einmischung eines amtierenden amerikanischen Außenministers in eine deutsche innerpolitische Entscheidung stellt einen so unerhörten Schritt dar, daß für ihn kaum eine Parallele gefunden werden kann. Man könnte höchstens noch das Dirigieren der sowjetischen Satellitenstaaten durch den Krenl als Beispiel heranziehen. Der Osten fügt noch, indem er seine Schildknappen zum Rapport nach Moskau bestellt, den physischen Druck hinzu. Aber an Deutlichkeit läßt der politische Druck der USA zu Gunsten einer ihnen angenehmen deutschen Regierung nichts zu wünschen übrig.

Eisenhower und Dulles wissen, was sie tun. Es geht ihnen nicht um Gesamtdeutschland oder um die deutsche Souveränität. Sie hätten in beiden Fällen hinreichend Gelegenheit gehabt, sowohl die volle Souveränität der Bundesrepublik zu erklären, als auch mehr für die deutsche Wiedervereinigung zu unternehmen. Es geht ihnen allein darum, einen Bundeskanzler zu unterstützen, dessen Politik sich an ihre Richtlinien hält. Die amerikanischen Staatsmänner erniedrigen, indem sie für ihren Vertrauensmann Propaganda machen, die Bundesrepublik zu einer Kolonie. Würden Dr. Adenauer und seine bisherigen Regierungsparteien sich nicht um jeden Preis an der Macht halten wollen, müßte ihnen das Peinliche dieser Schützenhilfe bewußt sein. Aufrechte Deutsche müssen sich dagegen verwahren. Achteinhalb Jahre nach Beendigung des Krieges als der Kandidat für Washington erklärt zu werden, bedeutet für einen deutschen Staatsmann einen politischen Offenbarungseid. Wenn auch die amerikanischen Einspeitscher wissen, was sie tun, so müssen wir doch fragen, ob sie sich bewußt sind, welche Zumutung ihre Haltung für die Deutschen bedeutet. Vermögen sie zu erfassen, welche Krise für die Demokratie in der Bundesrepublik ihr Schritt nach sich ziehen kann? Einmal mehr ist offenkundig geworden, daß das deutsche Volk, das sich hierzulande in seiner übergroßen Mehrheit mannhaft gegen jede Einmischung des Ostens gewehrt hat, bei der Gestaltung seiner Innenpolitik ebenso mannhaft jede Bevormundung aus Amerika ablehnen muß. Noch nie zuvor ist die Notwendigkeit so deutlich geworden: Wir brauchen einen deutschen Kanzler! Wir brauchen eine Regierung, die nicht ein Vollzugsorgan ausländischer Wünsche ist, sondern deutsche Interessen vertritt.

Das Eingreifen Amerikas in die italienischen Wahlen hatte für de Gasperi verhängnisvolle Wirkungen zur Folge. Es ist zu erwarten, daß auch das deutsche Volk genü-

CDU-Rückzieher im Dokumenten-Streit

Termin vor dem Landgericht / Adenauer legte angebliche Beweise nicht vor

BONN (EB). — Die CDU hat sich in der mündlichen Verhandlung vor dem Landgericht Bonn am Freitag in der Angelegenheit der Dokumentenfälschungen zu einem Rückzug veranlaßt gesehen, der in Bonner politischen Kreisen außerordentlich starkes Aufsehen erregt hat. Nach den Ankündigungen in der Bundeskanzler Adenauer stützenden Zeitung, hatten sich die bei der Verhandlung anwesenden Journalisten darauf vorbereitet, daß der Kanzler nunmehr die immer wieder angekündigten Beweise für die Echtheit der Dokumente über die angeblich unsauberen Finanzierungsmethoden der SPD vorlegen würde. Stattdessen ließ der Prozeßbevollmächtigte Dr. Adenauers, Rechtsanwalt Dr. Dahn, zu Protokoll nehmen, daß die CDU die von ihrem Pressedienst am 25. August veröffentlichten „Schriftstücke“ bis zur Entscheidung des Hauptprozesses nicht verbreiten und die in den Schriftstücken aufgestellten Behauptungen nicht wiederholen werde.

Nach dieser verbindlichen Erklärung der CDU wurde der SPD-Antrag auf Erlaß einer

einseitigen Verfügung gegenstandslos, weil das Gericht in einem einseitigen Verfügungsverfahren ohnehin das Verbot der Weiterverbreitung der aufgestellten Behauptungen nur für die Zeit bis zur Entscheidung in der Hauptsache aussprechen konnte. Damit ist das von der SPD in diesem einseitigen Verfahren erstrebte Ziel der Verhinderung der Weiterverbreitung der gefälschten Dokumente voll erreicht worden. Rechtsanwalt Dahn hatte zu Beginn der Verhandlung erklärt, der Nachweis einer Fälschung sei bisher nicht erbracht worden. Die Echtheit würde im Augenblick geprüft werden. In Würdigung des Ansehens der Personen, die eine eidesstattliche Erklärung abgegeben haben, würde jedoch die CDU die „Schriftstücke“ nicht weiter verbreiten.

Bundeskanzler Dr. Adenauer hatte den SPD-Mitgliedern Schroth in Solingen und Hubert Scharley in Gelsenkirchen am Donnerstag telegraphisch mitgeteilt, daß er „keine Anzeige gegen sie erstattet habe und es dem Gericht überlasse, in ihrem Streitfall zu entscheiden“.

Reinhold Maier zur politischen Situation

Klärung der östlichen Bereitschaft Voraussetzung für deutsche Außenpolitik

STUTT GART (LSW). — „Eine ernsthafte Klärung der östlichen Verhandlungsbereitschaft ist die Voraussetzung zu einer klaren deutschen Außenpolitik“, erklärte der badisch-württembergische Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier am Freitagabend in einem Aufruf an die südwestdeutsche Bevölkerung. Wenn der Osten zeigen sollte, daß er zu keinem vernünftigen Ausgleich bereit sei, der seinem Sicherheitsbedürfnis Rechnung trägt, werde es weder für das deutsche Volk in der Bundesrepublik noch für die übrigen freien Länder Europas ein Zaudern geben. So schlußfolgerte der Ministerpräsident auch, die „jetzige Bonner Opposition werde dann dabel sein“ und meinte, „wenn nicht unrefle politische Heißsporne ihr mutwillig den Weg verbauen“. Dr. Maier wies darauf hin, daß sich in diesen Tagen „eine entscheidende Wendung der amerikanischen und europäischen Politik abzeichne, die er und seine Freunde schon lange vorausgesagt hätten“. Sie zielen darauf ab, ernsthaft die Bereitschaft des Ostens zu ergründen. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Karl-Georg Pfeleiderer habe, so meinte Dr. Maier, „als erster diese Forderung gestellt“ und darauf die Pfuf-Rufe der offiziellen Politiker geerntet. Der letzte, der diesen Gedanken aufgriff, sei kein geringerer als der britische Premier Sir Winston Churchill gewesen. Es habe aber erst das „sowjetische Aufbegehren der unterdrückten Deutschen“ in Berlin und der Sowjetzone kommen müssen, um die Politiker auf die Versäumnisse der Vergangenheit aufmerksam zu machen. „Seither ist diese offizielle Politik eindeutig auf unsere“ Linie eingeschwenkt“ sagte Maier weiter. Man schwöre auf ganz Deutschland, man appelliere an den Krenl, und man wolle friedlich verhandeln. Dennoch bliebe noch viel zu tun. Ministerpräsident Dr. Maier betont in seinem Aufruf, daß er sich deshalb entschlos-

sen habe, für den Bundestag zu kandidieren, um in Bonn an Ort und Stelle darüber wachen zu können, daß wirklich alles getan und nichts versäumt werde, damit diese Verhandlungen herbeigeführt werden.

Zu Beginn seine Aufrufs setzt sich der Ministerpräsident mit den Angriffen auseinander, die gegen ihn auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes von der CDU in so unsachlicher und unverständiger Weise aus dem Hintergrund heraus eingeleitet worden seien, daß sie ihn zu einer Erwidrerung zwängen und nannte dabei Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Ludwig Erhard und den CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Eugen Gerstenmaier. Im Wirtschaftsleben würden derartige Reklamemethoden der Verunglimpfung des Wettbewerbers mit gutem Grund unter Strafe gestellt. Ein Bundeswirtschaftsminister sollte das wissen, erklärt Dr. Maier.

Plakat-Aktion zur Dulles-Erklärung

BONN/STUTT GART. (EB). — Als Antwort auf die amerikanische Wahlintervention brachte die SPD zum Wochenende ein Plakat heraus, das auf diesen Vorgang Bezug nimmt. Das Plakat zeigt, wie Adenauer mit amerikanischer Hilfe über die Hürde der Bundestagswahl gehoben werden soll. Darunter steht: „Deutschlands Antwort: Ollenhauer“. Vom SPD-Landessekretariat in Stuttgart wurde ebenfalls an alle größeren Ortsvereine eine Plakataktion angekündigt. Die Organisationen wurden aufgefordert, die Expreßgut-Sendung abzuholen, da eine andere Benachrichtigung nicht mehr möglich sei.

General Dean freigelassen

PANMUNJON (dpa). — Der amerikanische Generalmajor William Dean wurde am Freitag von den Kommunisten in Panmunjon freigelassen. Dean, der der höchste in kommunistische Gefangenschaft geratene Offizier der Amerikaner war, wurde in einem besonderen Jeep zum Austauschplatz gefahren. Erst im Dezember 1951 gaben die Kommunisten bekannt, daß Dean sich in Gefangenschaft befinde. Er war Kommandeur der 24. Division gewesen. Nach seiner Gefangennahme wurde ihm die Ehrenmedaille des Kongresses, die höchste Auszeichnung der USA, verliehen.

41 897 neue DGB-Mitglieder

DÜSSELDORF. (EB/dpa). — Die im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten 16 Gewerkschaften nahmen, wie die Pressestelle des DGB mitteilte, im August 41 897 neue Mitglieder auf. Wie die Bundespressestelle des DGB in Düsseldorf weiter mitteilte, ist damit die Gesamtzahl der in den DGB-Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer auf über 6 100 000 gestiegen. In politischen Kreisen in Bonn wird diese außerordentliche Steigerung der Mitgliederzahl als der völlige und restlose Zusammenbruch der von der Bundesregierung und den Unternehmerverbänden geführten Kampagne gegen den DGB bezeichnet.

Hatte die KPD doch die Hand im Spiel?

BONN (dpa). — In maßgeblichen sozialdemokratischen Kreisen wurde am Freitag erklärt, alles deute darauf hin, daß der Bundeskanzler mit seiner Beschuldigung gegen zwei SPD-Funktionäre, sie hätten Gelder aus der Sowjetzone erhalten, auf eine raffiniert ausgedübelte kommunistische Provokation hereingefallen sei. Der „SPD-Pressedienst“ schreibt, inzwischen seien Einzelheiten über die Vorgeschichte dieser Beschuldigung bekannt geworden, die „ein geradezu erschreckendes Bild auf die Verantwortungslosigkeit des Bundeskanzlers“ werfen. Es wäre nicht das erstmal, daß eine bürgerliche Koalition die Geschäfte der Kommunisten und die Kommunisten die Geschäfte der bürgerlichen Koalition besorgten, wird in der Stellungnahme betont.

Lage an der Zonengrenze völlig entspannt

BONN. (dpa). — Das Bundesinnenministerium gab am Freitag bekannt, daß sich die Lage an der Zonengrenze völlig entspannt habe. In der Nacht zum Freitag seien nur noch 14 FdJ-ler bei dem Versuch, die Zonengrenze zu überschreiten, festgenommen worden. Die Sicherheitsorgane seien an der Zonengrenze völlig Herr der Lage. In den letzten Tagen sind alle verfügbaren Kräfte des Bundesgrenzschutzes an die Zonengrenze gelegt worden, um das illegale Eindringen von SED- und FdJ-Agitatoren aus der Sowjetzone zu verhindern. Dazu gehören die Ausbildungsabteilung, die in Mannheim stationiert ist und Bonner Wacheinheiten. Die Bauabteilung in Holzminden wurde in Alarmbereitschaft versetzt. Am Freitag wurde sogar in Lörach eine dreiköpfige Agitationsgruppe festgenommen, die aus zwei FdJ-Leuten und einem Studenten bestand.

Verschärfte CDU-Angriffe gegen DVP

STUTT GART (EB/dpa). — Die Landesvorsitzenden der CDU in Baden-Württemberg haben am Freitag in einem gemeinsamen Wahlauftritt u. a. wieder scharfe Angriffe gegen Ministerpräsident Dr. Maier und die FDP/DVP gerichtet. Neben anderem wird erklärt, die Argumente, die die FDP/DVP im Wahlkampf gegen die CDU vorgebracht habe, hätten deutlich die „ungeheuren Gefahren aufgezeigt, die einer künftigen deutschen Politik auch von Dr. Maier und seinen Freunden drohen“. Eine Flut von Verleumdungen, Verdrehungen und Unwahrheiten“, so wird behauptet, sei „über die CDU ausgegossen worden“. Die Pläne, die in den Schubladen Dr. Maiers zur Gestaltung künftiger deutscher Politik bereitliegen, würden nicht das Vertrauen des Volkes in diese Politiker rechtfertigen. Trotz dieser neuen scharfen Angriffe ist im Wahlkreis Karlsruhe-Land zwischen der CDU und der FDP/DVP noch am Freitag ein „Wahlbündnis“ bekannt gegeben worden, das sich gegen den SPD-Kandidaten Erier richten soll. Die DVP-Anhänger wurden plötzlich aufgefordert, den CDU-Kandidaten zu wählen.



GEORG BUSING

Fazz im Pfandhaus

Schluß

Zu treffen war er nur in seinem eigenen Komplex. In dem Motiv, das seiner Tat zugrunde lag, und das er zu seiner eigenen Rechtfertigung brauchte. Oder in seiner traditionsanergenen Gerechsamkeit. Hier einzubrechen war notwendig, um ihn zur Aufgabe seiner bezogenen Position zu zwingen.“

Der Landgerichtsdirektor ahnte mehr und mehr, daß er in diesem Duell mit dem Dürren als der Besiegte das Florett würde senken müssen, aber er ahnte ebenso, daß er dies auch ohne jede Empfindsamkeit würde tun können. Er witterte das Spiel dieses Rebellen ohne Erfolgschance.

Mahrenbachs Tatmotiv entsprang der Eifersucht, dem Eklat. Die Ohrfeigen seiner Frau trafen nicht nur den Pfandleiher, sondern schlugen dem Musikverleger sein Motiv aus der Hand. Aber das genügte nicht. Er hätte eine Ehrenerklärung für seine Frau abgegeben und weiter geschwiegen. Ein der Tat nicht Schuldiger mußte als schuldig überführt, bis zur Sekunde der Tat, vor Mahrenbach geschoben werden. Die Indizien hierfür häuften sich auf die Person des Pfandleihers zu einer solchen Dichte, daß nur dieser allein an Mahrenbachs Seite zu stellen war, und ihn

aus der Sauberkeit seines Gerechtempfindens zwingen würde, das Letzte auszusagen und nichts mehr zu verschweigen. Dies ist geschehen.“ Des Pfandleihers Interesse war nach der Erwähnung der Ohrfeigen erwacht, und hatte sich mehr und mehr gesteigert. Ein merkwürdiges Spiel hatte dieser Dürre da mit ihm getrieben! Als Himbold schwieg, erhob er sich:

„Und wenn Mahrenbach nicht gesprochen hätte, Herr Inspektor!“

„Wie bereits erwähnt, ich konnte den Gegenbeweis führen.“

Ratoneck sah ihn groß an: „Hätten Sie das wirklich können? Nach der Anklage? Ich gestehe offen, daß ich mich bereits aufgegeben hatte, —! Wo war denn da noch eine Lücke?“

Des Landgerichtsdirektors Blick fragte dasselbe.

„Zuerst glaube ich sogar an Ihre Schuld, Angeklagter Ratoneck“, sprach Himbold. „Der Umstand jedoch, daß Sie bei Ihren alkoholischen Volksreden aller Welt bedenkenlos Ihre Rachefeldzüge ankündigten, aber nie einen gegen Irene Mahrenbach, überzeugte mich aber bald von Ihrer Unschuld.“

„Moment mal, Inspektor!“ rief Ratoneck. „Nennen Sie das wirklich einen stichhaltigen

Gegenbeweis?“ Er schaute zum Richtertisch: „Im Sinne des Gerichts?“

Der Landgerichtsdirektor wies ihn mit einer knappen Geste an Himbold zurück: „Der Inspektor ist noch nicht am Ende.“

Dieser nickte: „Der ganz sichere Beweis war natürlich erst die Treppe.“

Wieder eine grenzenlose Verblüffung aller. Aber keiner wagte eine Frage mehr.

„Die Treppe zur Terrasse hat acht Stufen“, fuhr Himbold fort. „Aus Holz. Seit dem Bau des Hauses, vor rund 50 Jahren, wurden sie nicht erneuert. Seit Ausbruch des Krieges auch nicht mehr gepflegt. Das Holz befindet sich also in einem derart vermoderten Zustand, daß schon die erste Stufe unter den

zwei Zentnern Lebendgewicht eines betrunkenen Pfandleihers wie Zunder zerbröckelt wäre. Das wäre alles. Es steht dem Angeklagten Ratoneck natürlich frei, Strafantrag gegen mich zu stellen, wegen wissentlich falscher Anschuldigung vor Gericht.“

Mit seltsamen Empfindungen schaute der Landgerichtsdirektor zu diesem erstaunlichen Inspektor auf:

„Es gelingt Ihnen so nach und nach, uns alle juristischen Begriffe in Unordnung zu bringen —!“

Himbold schwieg eine Weile, und sagte dann, schon auf dem Weg zur Tür:

„Wenn es die Menschen wieder in Ordnung bringt — —“.

Ende.

Ab Montag unser neuer großer Roman:

„HERZ IM GLÜCK“ / Von Sigrid Boo

Ein neuer, fröhlicher Roman der viel gelesenen norwegischen Erzählerin! „Glückliche junge Dame“ heißt er in der norwegischen Originalfassung. Unter dieser Schlagzeile brachte ein fündiger Reporter die Heldin dieses Romans, über deren Glücksfall eine kleine Küstenstadt Norwegens in Aufruhr geriet, in die Zeitung.

Um was geht es in dieser neuen Arbeit der Sigrid Boo?

Es geht mit Humor um die fragwürdige Dollarerbschaft der jungen Dame, um ihre Verehrer und Versuchungen, um ein Büro und dessen geschäftiges Hin und Her und um die köstlich geschilderten Künze jeden Alters und beiderlei Geschlechts, die die „Millionöse“ neugierig umtanzen. Doch diese Ellen hält ihr Herz auch im Glück fest. Sie läßt sich weder von Ueberraschungen noch von Enttäuschungen überrumpeln, ahnt, daß ein kurioser Zufall kein echtes Glück bringen kann, und verachtet ihr Herz erst, als es gilt, ein einfaches, aber dauerndes Glück zu gewinnen.

Durch einen Wirbel abenteuerlicher Ereignisse, die sich fast zu einem sensationellen Kriminalfall auswachsen, sucht sie ihr Schicksal und das ihres zaudernden Freundes zu einem guten Ende zu führen.

Bremsklotz auf dem Weg nach Deutschland

Eine Schlußbetrachtung zur Wahl/Adenauer und sein inneres Verhältnis zur deutschen Einheit

Wenn am morgigen Sonntag die westdeutsche Bevölkerung zur Wahlurne treten wird, dann wird sie auch die politische Entscheidung über einen Mann zu fällen haben, um den in den letzten Wochen ein ungeheurer propagandistischer Rummel sich entfacht hat und um den mit finanziell außerordentlich hohen Mitteln der westdeutschen Industrie — freilich aus ganz anderen Gründen — versucht wurde, eine Gloriole zu winden. Ist Dr. Adenauer eine so große, bleibende Figur der deutschen Geschichte, wie sie durch diese Propaganda dargestellt wird und man sie der westdeutschen Bevölkerung suggerieren möchte? Daß diese Propaganda sich in den Formen amerikanischer Rezepte bewegt und die hausbackene Fantasie seiner Anhänger mit selbstgezüchteten dunkelroten Rosen und Kinderscharen angeregt werden soll, besagt nichts. Eine spätere Zeit wird freilich auch ihn des Beiwerks entkleiden und nur nach seiner politischen Leistung und seiner geistigen Einstellung zu Gesamtdeutschland fragen, über die schließlich am morgigen Sonntag die westdeutsche Bevölkerung ebenfalls ihr Urteil zu fällen haben wird.

Dr. Adenauer ist seinem Wesen nach kein Gesamtdeutscher, sondern bewußter Westdeutscher. Wenn er kürzlich am Sarkophag des Alt-Reichskanzlers Bismarck „weilte“, dann kann er in dieser stummen Zwiesprache dem Fürsten nur Vorwürfe gemacht haben. „Die deutsche Kultur hört doch an der Elbe auf“, sagte Konrad Adenauer im Jahre 1947 dem späteren gesamtdeutschen Minister Jakob Kaiser. „Sein Horizont ist ohne seine persönliche Schuld irgendwie eng geblieben“, schreibt der britische „Observer“ am 21. August 1949: „er ist kraft eigener Einsicht ein guter Europäer. Aber sein Europa endet an den Grenzen des alten Römischen Reiches, unter Ausschluß eines großen Teiles seines eigenen Landes.“

Bismarck sah in Berlin den Mittelpunkt eines deutschen Staates. Dr. Adenauer hat diese Stadt immer nur mit feindlichen Augen gesehen. Um so unverständlicher mußte es erscheinen, wenn ihm die Berliner bei seinen wenigen Besuchen zubeloben, um so unverständlicher, daß er sie landesväterlich mit „Meine lieben Berliner“ ansprach. Welcher Deutsche hat es je gewagt, von Berlin als einer „Kolonialstadt“ zu sprechen? Adenauer tat das im Jahre 1946, wobei er damals den Widerspruch des Berliner CDU-Organs herausforderte, das diese Formulierung des heutigen Bundeskanzlers als eine „Sünde gegen den deutschen Osten“ brandmarkte. Im Jahr darauf bekannte der im Kölner Klerikalisches befangene Politiker einem Vertreter der „Gazette de Lausanne“: „In Berlin fühle ich mich wie in einer heidnischen Stadt“, und so ist es nur konsequent, wenn er auch für die Zukunft eine andere deutsche Hauptstadt immer wieder forderte. „Kein Zweifel, daß sein Eintreten für Deutschlands Hauptstadt unter den Heben“ sogar bei vielen seiner Parteifreunde Mißbilligung hervorgerufen hat“, schreibt die Hamburger „Zeit“ im Jahre 1949 — für ihn ist Berlin eine sündhafte Stadt „zwischen Kartoffelfeldern“. Ein anderes Mal äußerte er, wie man in der „Welt“ vom 30. 11. 1946 und im „Tagesspiegel“ vom 12. 11. 1946 nachlesen kann, die Hauptstadt der künftigen Zentralregierung Deutschlands müsse am Main liegen, denn das sei altes deutsches Kulturland und kein Kolonialland.

Konrad Adenauer ist nicht nur in Köln aufgewachsen, er ist auch in der Kölner Rathausatmosphäre groß geworden. Vielleicht erklärt das — zum Teil wenigstens — seine tiefe Abneigung gegen die alte Reichshauptstadt. Für den Beherrscher einer rheinischen Großstadt mußte jede einengende Direktive aus der preussischen Hauptstadt Berlin kommen, und so mag sich für ihn eine unüberwindbare Abneigung in seiner 50jährigen politischen Laufbahn gegen alles herausgebildet haben, was „aus dem Osten“ ist. Wenn Konrad Adenauer heute als Bundeskanzler Reden hält, dann neigt er zu Formulierungen wie: „Vom Osten her droht ein neues Heidentum, der Rückfall in Barbarei und ein Sklaventum, das die Bewohner der Bundesrepublik unter-

Marschall Juin ließ sich Zeit

PARIS (dpa) — Der französische Marschall Alphonse Juin hatte am Freitag — fast 24 Stunden später als vorgesehen — mit Verteidigungsminister Pleven eine mehr als einstündige Aussprache, über die strengste Stillschweigen gewahrt wird. Pleven hatte von Juin die Unterredung gefordert, die die letzte Rede des Marschalls zum Gegenstand hatte, in der er sich abfällig über das Amt des Staatspräsidenten geäußert hatte. Auriol hatte daraufhin beschlossen, den Marschall nicht mehr zu empfangen.

Wichtig für Sowjetzonen-Strafverurteilte

BERLIN (dpa) — Der Westberliner Untersuchungsausschuß freier Juristen weist in einem Aufruf alle in der Bundesrepublik und in Westberlin ansässigen Deutschen auf die Möglichkeit hin, gegen sie erlassene Sowjetzonen-Strafverurteile annullieren zu lassen. Am 8. Mai 1953 ist für das Bundesgebiet und Westberlin das Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen in Kraft getreten, nach dem Sowjetzonen-Strafverurteile nur dann anerkannt werden, wenn sie mit den Grundsätzen eines Rechtsstaates in Einklang gebracht werden können. Bei der Annullierung unter den genannten Voraussetzungen komme es nicht darauf an, ob die Strafe bereits vollstreckt ist.

Deutsche im Ausland können an der Grenze wählen

BONN (dpa) — Wahlberechtigte Deutsche mit Wahlschein, die sich am Tage der Bundestagswahl in Belgien, Dänemark, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden oder in der Schweiz aufhalten, können ihre Stimme in einem in unmittelbarer Nähe der Grenze gelegenen deutschen Wahllokal abgeben, ohne das der ausländische Einreisestempel ungültig wird. Wie das Auswärtige Amt in Bonn am Freitag bekanntgab, sind die betreffenden Regierungen einem entsprechenden Vorschlag der Bundesregierung entgegengekommen. Deutsche Staatsangehörige, die sich Tage nach der Wahl in Oesterreich aufhalten, können nach Mitteilung der österreichischen Verbindungsstelle in Bonn während der Geltungsdauer ihres Sichtvermerks die deutsch-österreichische Grenze beliebig oft überschreiten.

jochen will, um ihnen Kirche, Freiheit und Christentum zu nehmen“. (28. 8. 1952 in Köln). Seine Zuhörer beziehen die Wendung Adenauers vom „Ansturm des Heidentums aus dem Osten“ auf die kommunistische Sowjetunion. Nur der Analytiker der politischen Persönlichkeit Adenauers weiß, daß er mit dem Begriff Osten mehr verbindet als den Bolschewismus.

Adenauer und der Separatismus der zwanziger Jahre

Die britische Wochenschrift „Observer“ schrieb in ihrer Betrachtung über den Bundeskanzler von einem „kleinen Flirt mit den rheinischen Separatisten“. Es wäre heute kaum einwandfrei zu klären, wie weit der damalige Oberbürgermeister von Köln mit dem Herzen bei der separatistischen Sache war, und wie weit er den Separatismus bekämpft hat. Die Zeiten waren damals turbulent, und wer weiß immer zur rechten Zeit, wie der Hase läuft? Es steht jedenfalls fest, daß Dr. Adenauer zeit seines Lebens den Ausgleich mit Frankreich als Voraussetzung jeder deutschen Außenpolitik angesehen hat. So richtig diese Politik sein mag: Sie müßte ihre Ergänzung finden durch eine Politik, die auch den Bedürfnissen der mittel- und ostdeutschen Bevölkerung Rechnung trägt. Der Bundeskanzler wird sich bei seinen Besuchen in Frankreich von jeder Kathedrale angesprochen fühlen; hier findet er die Parallele zu seinem Lebens- und Kulturkreis, hier entdeckt er die Verwandtschaft des rheinischen Temperaments mit der heiteren französischen Lebensauffassung, hier fühlt er sich auch religiös geborgen. Aber Berlin ist ihm schon eine heidnische Stadt und Königsberg ist seinem Wesen so fremd wie nichts im Westen. Man wird jedem Deutschen zubilligen, in seinen Sympathien mehr der westlichen oder der östlichen Kulturwelt zuzuneigen. Wenn sich aber ein deutscher Politiker eben nur seiner engeren Heimat verpflichtet fühlt, dann fängt die Sache an bedenklich zu werden. Wer ein zentrales Amt in der deutschen Politik verwaltet, muß allerdings mit seiner Persönlichkeit gesamtdeutsch zu fühlen imstande sein. Der Reichtum des deutschen Volkes besteht ja gerade in der Vielfalt, die kulturell und geistig zwischen Königsberg und Köln ausgebreitet liegt, und darum ist es ein nationales Unglück, wenn Politiker bestimmend in die deutschen Geschicke eingreifen, für die jenseits der Elbe nur „Kolonialland“ liegt.

Brücke zum Ostdeutschen fehlt

Wir können nicht von einem Bundeskanzler verlangen, daß er gleichzeitig in Köln und in Königsberg geboren ist. Aber wir können verlangen, daß er wenigstens geistig in beiden Städten behelmatet ist. Hier aber wird die Enge sichtbar, in der der Kölner Adenauer befangen ist. Der bisherige Bundeskanzler hat zwar Brücken über den Rhein gebaut, aber er vermag es nicht, die Brücke zum Ostdeutschen zu schlagen. Ein deutscher Bundeskanzler, der wohl Köln, aber nicht Königsberg und Kant begriffen hat?

Darum ist der Brückenbauer über den Rhein kein Brückenbauer über die Elbe. Sein Ziel ist vielmehr die fortschreitende Stabilisierung des Westens in einer wirtschaftlichen, staatlichen und religiösen Gemeinschaft. Dieses Ziel wird mit doppelter Energie verfolgt, weil bei dieser neuen Staatlichkeit das „Heidnische“ des Koloniallandes jenseits der Elbe ausgeschlossen bleibt. Die Parole der Wiedervereinigung auf den Lippen, geht der Bundeskanzler auf fünfzig Jahre berechnete Bindungen einer nur westeuropäischen Lebensgemeinschaft ein, die eine gesamtdeutsche und eine gesamtdeutsche Einigung unmöglich machen muß. Der Bundeskanzler ist sich dessen wohl bewußt. Aber gerade darin, in der Beschränkung auf den alten Kulturkreis am Rhein, sieht er seine Mission. Er ist Kölner Oberbürgermeister geblieben, ohne die geistige Weite in Deutschland zu erfassen. Die Aufspaltung Deutschlands in Besatzungszonen hat hüben und drüben manchem Politiker zu einem Aufschwung verholfen, gerade wenn er nicht gesamtdeutsch dachte und handelte. Es wird ein Zeichen der

Selbstbehauptung des deutschen Volkes sein, wenn nunmehr durch die Wahl am Sonntag, den 6. September, Politiker in den Vordergrund treten, die der Vielfältigkeit des deutschen Volkes und damit seinem inneren Reichtum Ausdruck zu verleihen vermögen. Deutschland liegt nicht nur am Rhein und nicht nur in Westeuropa. Deutschland liegt zwischen Köln und Königsberg und im Herzen, nicht am Rande Europas.

Drei Jahre Gefängnis wegen Streikaufruf am 17. Juni

BERLIN (dpa) — Das Ostberliner Stadtgericht verurteilte am Donnerstag den 52 Jahre alten Straßenbahnschaffner Leonhard Klement wegen „friedensgefährdender und faschistischer Tätigkeit“ zu drei Jahren Gefängnis. Der Angeklagte hatte während des Volksaufstandes am 17. Juni auf dem Straßenbahnhof Niederschönhausen bei einer Belegschaftsversammlung sich für den Streik entschieden und seine Kollegen aufgefordert, bis zum Sturz der Regierung die Arbeit niederzulegen.

Neuer Heimkehrer-Protest

BONN (dpa) — Der Verband der Heimkehrer wandte sich am Freitag erneut dagegen, die Verkündung des Heimkehrerentschädigungsgesetzes zu verzögern. Die Erklärung des Bundesfinanzministers vom Donnerstag, daß er keinen Einspruch gegen das Entschädigungsgesetz eingelegt habe, sei irreführend.

Heute

Kulissenschieberei um Wählerstimmen!

In dem nun in wenigen Stunden abgeschlossenen Bundestagswahlkampf ist der Wählerschaft von seiten der Bonner Koalition allerhand zugemutet worden. Einen lokalen Höhepunkt hat es aber noch wenige Stunden vor der Entscheidung im Wahlkreis Karlsruhe-Land und Pforzheim gegeben, wo die dortige Kreisorganisation der FDP/DVP ihrem wochenlang propagierten Kandidaten, dem Regierungsrat Dr. Wolfgang Rutschke-Karlsruhe in Zusammenarbeit mit der CDU den politischen Genickschuß gegeben hat.

In Zeitungsanzeigen wurde am Freitag der völlig überraschten Wählerschaft dieses Kreises die Mitteilung gemacht, daß die wahlberechtigten Bevölkerung von Karlsruhe-Land und Pforzheim, der man bisher in bewegten Worten die Notwendigkeit der Wahl des FDP/DVP-Kandidaten klarzumachen versuchte, diesen nunmehr doch nicht wählen solle, sondern den CDU-Kandidaten, weil man damit hoffe, die direkte Wahl des SPD-Kandidaten Fritz Erler verhindern zu können.

Dieses politische Jammerspiel, das hier die lokalen DVP- und CDU-Größen wenige Stunden vor der Wahl der Bevölkerung glauben zumuten zu können, ist wahrhaftig ein einmaliger Vorgang in Baden-Württemberg. Fast zur gleichen Stunde, als man diese Empfehlung bekannt gab, zog die badisch-württembergische CDU in einer Erklärung die gesamte FDP/DVP mit Dr. Reinhold Maier an der Spitze durch den politischen Dreck. Gleichzeitig hielt die CDU aber eine Hand hin, um die geschmähten Liberalen Stimmen in Empfang zu nehmen.

Was hier geschehen ist, ist überster Kuhhandel über die Köpfe der Wählerschaft hinweg, die hoffentlich auf ein solches Manöver mit der entsprechenden Deutlichkeit am Sonntag reagiert und dem Sozialdemokraten Fritz Erler ihre Stimmen gibt. Dem noch vor der Wahl von seinen eigenen Freunden gestützten Dr. Rutschke, der ja noch auf dem Stimmzettel steht, möchte man fast in einem Nachruf die allgemeine Anteilnahme an seinem Schicksal versichern. T.I.

Blick in die Zeit

Schmuggelring brachte 20 000 Zigaretten aus dem Freihafen

CUXHAVEN — Die Hamburger Zollfahndung hat am Donnerstag in Cuxhaven einen Schmuggelring ausgehoben, der in einem Jahr mindestens 20 000 Zigaretten aus dem Cuxhavener Freihafen illegal in die Bundesrepublik brachte. Die Ware stammte von Schiffen. Der Anführer der Schmuggelbande, ein kaufmännischer Angestellter, ist gefaßt worden.

„Hamlets Schädel“ gestohlen

BRÜSSEL — „Hamlets Schädel“ und zahlreiche Kostüme sind aus den Künstlergarderoben des Freilichttheaters in Beersel bei Brüssel gestohlen worden. Außerdem wurden elektrische Anlagen zerstört und die Leinen der während der Vorstellung gehißten Fahnen zerschnitten. Der Theaterdirektor erhielt anonyme Briefe mit der Forderung: „In Beersel nur flämisch“, Beersel liegt im flämischen Teil der Provinz Brabant. Die Vorstellungen finden in französischer Sprache statt.

Halligen meldeten „Land unter“

HUSUM — Bei den ersten Herbststürmen über der Nordsee meldeten Bewohner der kleineren Halligen Gröde, Habel und Südfall am Donnerstagsabend „Land unter“, das heißt, daß diese kleineren Inseln überflutet waren. Auf Gröde stürzte nach den Regenfällen der letzten Tage der größte Brunnen ein. Hooge und Langeneß dagegen waren nicht überflutet. Vor der Husumer Hafenschleuse wurde ein Wasserstand von 1,15 Meter über mittlerem Hochwasser gemessen. Der Sturm, der in der Nacht wieder abnahm, erreichte in den Böen bis zu Stärke 10.

Kaiserin Soraya reist nach Teheran

ROM — Kaiserin Soraya, die bei der Rückkehr des Schahs von Persien nach Teheran in Rom zurückgeblieben war, hat für kommenden Sonntag einen Platz in der fahrplanmäßigen SAS-Maschine nach Teheran belegt. Soraya war aus gesundheitlichen Gründen zunächst nicht gemeinsam mit dem Schah nach Persien zurückgekehrt.



»Das Werk soll den Meister loben«

Nach alter Tradition der Kurmark

Wahre Leistungen wurden besonders zu Zeiten der Kurmark hoch geschätzt. Heute wie einst genießen Meister mit solidem Können verdientes Ansehen. Ein Werk, in dem die gute alte Tradition fortlebt, wird darum immer nur Wertvolles bieten. Wer daher heute wieder KURMARK wählt, weiß was er bekommt: Eine wirklich charaktervolle Cigarette von gleichbleibend hohem Niveau, mild und stets bekömmlich.



8 1/2 PE.

- gut wie in den besten Tagen

KARLSRUHE

Wahlaufruf der Hausbesitzer

Der Zentralverband der Haus- und Grundbesitzer e. V. fordert seine Mitglieder auf, unter allen Umständen CDU zu wählen. „Der neue Bundestag wird für lange Zeit die Geschicke auch des Haus- und Grundbesitzes bestimmen“, heißt es wörtlich, und weiter liest der erstaunte Mieter: „Die Regierungskoalition hat im alten Bundestage die Gewerberäume freigegeben, einen Anfang mit der Anhebung der Mieten gemacht und die Zwangswirtschaft aufgelockert. Als Ziel hat die Regierungskoalition die Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit des Hausbesitzes, die schrittweise Beseitigung der Zwangswirtschaft und die Hinwendung zum privaten Wohnungsbau aufgestellt. Sie will das Einzeligentum, im Gegensatz zum Kollektivigentum stärker fördern. Abgelehnt wird diese Zielsetzung durch die SPD... Sie ist der Anwalt der sogenannten gemeinnützigen Unternehmen... Wählt deshalb auf keinen Fall SPD...“

Abgesehen davon, daß die SPD in ihrem Wirtschaftsprogramm in keiner Weise das Privateigentum angreift, daß sie im Gegenteil bereit ist, die private Initiative zu fördern, abgesehen von dieser nun nachgerade peinlichen Verfälschung des SPD-Wirtschaftsprogramms stellt der Wahlaufruf der Haus- und Grundbesitzer der CDU-Regierung in Bonn ein schlechtes Zeugnis aus. Er beweist, was die SPD seit langem kritisch beobachtet hat, daß nämlich die Bonner Koalition nichts anderes ist als die Interessenvertretung der Besitzenden.

Ist der kommende Bundestag allein für die Haus- und Grundbesitzer zuständig, oder soll der Bundestag die Vertretung des gesamten Volkes sein, eines Volkes, das in gleicherweise die Lasten des Krieges trägt, das aber in gleicher Weise an den wirtschaftlichen Erfolgen beteiligt ist?

Wir sind überzeugt, daß nicht alle Haus- und Grundbesitzer so engstirnig denken und handeln wie die Vorstandschaft des Zentralverbandes. Aber der Aufruf spricht Bände, und das Schlusskapitel sollte dann von den Mietern, die die weitaus größere Mehrheit darstellen, geschrieben werden. HK

50jähriges Jubiläum bei Otto Hummel

Heute kann die Firma Otto Hummel ihr 50jähriges Geschäftsjubiläum feiern und im Rahmen eines Festes ihre langjährigen Mitarbeiter ehren. Der Vater des heutigen Inhabers kam als einfacher Hohlblechfergestelle aus dem Schwabenland nach Karlsruhe und hat es kraft seiner Tüchtigkeit und durch einen Weitblick, mit dem er die Entwicklung des Friseurhandwerks von der einfachen Barbierstube zum Salon vorausahnte, zu einem blühenden Betrieb Süddeutschlands in der Branche des Friseurbedarfs gebracht. Die

Kernzelle, nämlich der solide Handwerksbetrieb ist auch heute noch, wo Hunderte von verschiedenen Toilettegegenständen ins In- und Ausland geliefert werden, bei der Firma Hummel Grundlage und Ausgangsbasis. Ein Kriegsschaden von 1,6 Millionen konnte daher mit einem bewundernswerten Elan beinahe wieder ausgeglichen werden und am heutigen Tag kann die Firma auf eine erfolgreiche Geschäftsentwicklung von 50 Jahren zurückblicken.

Engelkinder kommen nach Karlsruhe

In der kommenden Woche, am Freitag, den 11. September, werden in Karlsruhe die Engelkinder zum ersten Mal musizieren. Diese sieben Geschwister, die Kinder des Musiklehrers Fritz Engel aus Reutte (Tirol) wollen vor allem der Karlsruher Jugend mit ihrer Musik Freude machen. Sie spielen zusammen 40 Instrumente, reisten schon durch halb Europa und die USA und sind trotz ihrer einmaligen musikalischen Begabung keine Stars geworden. Sie würden sich daher besonders freuen, wenn die Karlsruher Kinder ihnen zuhören würden.

Letzte SPD-Großkundgebung vor dem Wahltag

Ist Konrad Adenauer noch ein deutscher Bundeskanzler?

Ortsverein der SPD Karlsruhe ruft die Karlsruher Bevölkerung auf
Fritz Corterier und Oberbürgermeister Günther Klotz sprachen im überfüllten Studentenhaus

Der Karlsruher SPD-Kandidat, für die Bundestagswahl, Fritz Corterier, setzte sich zu Beginn seiner Ausführungen mit den Wahlpraktiken der CDU auseinander. Die selbstverständliche Forderung der SPD, den Wahlkampf fair und sauber zu führen, wurde von der CDU nicht beachtet. Es müsse mit Bedauern festgestellt werden, daß es insbesondere die CDU gewesen sei, die die Gebote der Fairness aufs Größte verletzt habe. Es ist, so führte Fritz Corterier aus, für jeden anständigen Demokraten eine betrübliche Feststellung, wenn ein amtierender Bundeskanzler wegen Äußerungen im Wahlkampf verurteilt werden muß und ihm aufgegeben wird, bei Androhung hoher Strafen, seine Äußerungen zu unterlassen. (Corterier erinnerte an die Fälle „Schroth“ und „Scharley“.) Leider seien auch in Karlsruhe die Wahlmethoden der CDU nicht gerade sauber geführt worden, so daß er — Fritz Corterier — gezwungen gewesen sei, der Karlsruher Presse einen Aufruf zu übergeben, in dem er seine Parteifreunde gebeten hatte, sich durch die Art des CDU-Wahlkampfes nicht provozieren zu lassen und weiterhin die Fairness zu beachten. Die Parteileitung der CDU habe auf Anfrage erklärt, daß sie nichts mit der Angelegenheit „Plakat-Abriss“ zu tun habe. Aber die Polizei habe etwas anderes feststellen müssen: Rädelführer dieser CDU-Aktion war der Sohn Dr. Gurks.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen setzte sich Corterier mit der Erklärung des amerikanischen Außenministers Dulles aus-

Die AZ sieht heute

Mit Bewilligung des Vaters

Alle anständigen Deutschen dürften sich über einen Punkt ganz klar sein. Der Wahlkampf wurde von seiten der CDU nicht fair geführt. Die anhängigen Klagen sind leider ein zu deutliches Beispiel hierfür. Man schreckte nicht zurück, Verleumdungen auszustreuen, Lügen in das Gewand der Wahrheit kleiden zu wollen und persönliche Beleidigungen auszusprechen.

Hier in Karlsruhe, das bei den Oberbürgermeister-Wahlen im vergangenen Jahr eine maßlose Hetze erlebt hat, eine Hetze, für die niemand hatte verantwortlich sein wollen, gab es eine kleine neckische Panne.

Im Lauf dieser Woche wurden SPD-Wahlplakate zu Hunderten abgerissen und es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, wer sich also betätigt hat. Zu allem Unglück — für die Beteiligten nämlich — entdeckte ein Karlsruher Polizist einige halbwegsige Buben, die die Stellung ihrer

Väter wahrscheinlich dadurch halten wollten, indem sie nächtlicherweise — es war 1.30 Uhr — SPD-Plakate abrißen. Einer dieser Buben ist der Sohn von Bürgermeister Dr. Gurk, jenes CDU-Politikers, der sich im OB-Wahlkampf von den damaligen Auswüchsen distanziert hatte, der sich jetzt aber nicht gut von seinem eigenen Fleisch und Blut zu trennen vermag. Denn letztlich muß ein Familienvater wissen, wo sich sein vierzehnjähriger Sohn nach 1.30 Uhr herumtreibt. Man sollte es wenigstens annehmen, da er sich doch so sehr für das Elternrecht einsetzt, und die Erziehung der Kinder in den Schulen elternrechtlich untermauert wissen will, man sollte also in diesem Zusammenhang annehmen können, daß Bürgermeister Dr. Gurk, der Mann, dem das Wort Fairness und andere Begriffe so leicht von den Lippen gehen, das Verhalten seines Sohnes durchaus billigt. HK

Teil seine Aufgabe löse, dann gebe es keine Kompetenzstreitigkeiten.

Ist die SPD kommunistisch? In diesem Zusammenhang erinnerte Klotz an die Verleumdungen, die anlässlich der Karlsruher Oberbürgermeisterwahl ausgestreut wurden. (Man erinnere sich an die Werber'sche Anfrage im Landtag, die sich mit einem Treffen des OB und Fritz Corterier einerseits mit Max Reimann andererseits befaßte.) Können solche Lügen aus christlichem Herzen kommen? Lügen, die durch den Bundespräsidenten Heuß beim Tode Kurt Schumachers ad absurdum geführt worden sind. Heuß bezeichnete den verstorbenen SPD-Vorsitzenden als unbestreitbar großen Streiter gegen den Radikalismus von rechts und von links.

Oberbürgermeister Klotz nannte den Wirtschaftsminister Erhard scherzhafterweise den „Wunderdoktor“. Als Kommunalpolitiker untersuchte er den Grund des deutschen Wiederaufstieges und kam zu dem Schluß, daß von 48 deutschen Großstädten mit über 100 000 Einwohnern 27 maßgeblich von Sozialdemokraten geleitet werden. Hier sei die augenscheinlichste Wiederaufbauarbeit geleistet worden, und die Stadtbevölkerung, die in Kriegszeiten dem Bombenterror und dem Hunger ausgesetzt sei, wisse sehr wohl, warum sie gerade Sozialdemokraten wählen würden. Die SPD trete für die Wohlfahrt ein, und stelle sich gegen eine Politik, die Reiche und Brosamen-Empfänger kenne. Zu den EVG-Verträgen nahm der Oberbürgermeister folgende Stellung: Es gehe nicht an, daß deutsche Soldaten zu Fremdenlegionen degradiert werden, und außerdem müsse man die Haltung von Frankreich, das Deutschland gegenüber ein ausgesprochenes Sicherheitsbedürfnis habe, berücksichtigen. Nicht die Politik der Stärke sei es, die betrieben werden dürfe, sondern die Politik der Verhandlung, in der die letzte Möglichkeit ausgeschöpft werden müsse. Eine grundlegende Forderung in der Schulzerziehung müsse verwirklicht werden: Es müsse endlich das falsche Heldentum entlarvt werden, ein Heldentum, das romantisch in dem Lied „Morgenrot“ erklingt, das aber ersetzt werden müsse durch das „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit...“ HK

Arbeitsmarktbericht für August:

Nur noch 6700 Arbeitslose in Karlsruhe

Überraschend günstige Entwicklung — Baugewerbe, Tabak- und Metallindustrie voll beschäftigt

Einen erfreulichen Start in die zweite Hälfte des Jahres gab es auf dem Karlsruher Arbeitsmarkt. Der Aufschwung, den die Stadt genommen hat, sowie einige weitere günstige Faktoren wirkten sich in einer beachtlichen Abnahme der Arbeitslosigkeit aus. Im August konnte die Zahl der Stellenlosen um 8,2 Prozent, nämlich um 600 auf 6717 gesenkt werden. Gegenüber dem August des vorigen Jahres ist dieses Ergebnis weitaus besser, denn damals zählte man 409 Arbeitslose mehr.

Die meisten Menschen konnten wieder in die Verkehrsberufe vermittelt werden, es folgen die Bauberufe mit 587 Vermittlungen, die Hilfsberufe mit 503, die Metallberufe mit 440 und die Berufe der Nahrungs- und Genussmittelindustrie mit 243. In der Eisen- und Metallwirtschaft hat sich die Beschäftigungslage stabilisiert: In zahlreichen größeren Unternehmen ist die Vollbeschäftigung für die kommenden zwei Monate gesichert. Die Herdindustrie berichtet von Exportaufträgen. Andere metallverarbeitende Betriebe verzeichnen allerdings einen Rückgang des Exportgeschäfts, da einzelne Länder die Einfuhrbeschränkungen aufrecht erhalten.

Das Baugewerbe hat einen nochmaligen, nicht erwarteten Aufschwung genommen. Kaum liefen einige Großbauten aus und die ersten Entlassungen waren notwendig, als an anderen Stellen wieder Kräfte angefordert wurden. Die Arbeitslosenzahl hat sich in diesem Gewerbe um 88 vermindert. Wenn kein früher Kälteeinbruch die Bauarbeiten zum Erliegen bringt, wenn die Rohbauten noch vor der Frostperiode erstellt werden können, so besteht die Hoffnung, über den Winter zum mindesten die Arbeiter des Bauberggewerbes beschäftigen zu können. Die übrigen Wirtschaftszweige melden eine stabilere Beschäftigungslage als bisher.

Die Tabaksteuersenkung wirkt sich langsam auch auf die heimische Zigarrenindustrie aus, die in Aussicht auf das Weihnachtsgeschäft Einstellungen vorgenommen hat und Filialbetriebe wieder eröffnete.

Die Werbung für den Ruhrbergbau hatte im August guten Erfolg. Von 23 Freiwilligen bestanden 17 die Tauglichkeitsprüfung, darunter zwei persische Studenten und zwei So-

wjetzonenflüchtlinge aus dem Lager Gottesau. Eine besondere Information über den Bergmannsberuf gab der Eschweiler Bergwerksverein. Daraufhin meldeten sich noch einmal 40 Bewerber zur Beschäftigung im Ruhrgebiet.

Einen starken Rückgang erlebte auch die Kurzarbeit, eine versteckte Arbeitslosigkeit. Die Kurzarbeiterunterstützung ist im August die niedrigste gewesen, die in den vergangenen vier Jahren gezahlt wurde.

Im August fanden 34 Sowjetzonenflüchtlinge Arbeit und 29 Personen aus Umsiedlerfamilien konnten vermittelt werden. wa

einander, die darin gipfelte, daß es notwendig sei, Adenauer zu wählen. Fritz Corterier stellte die Frage, ob Adenauer noch das Recht habe, sich als den deutschen Bundeskanzler zu bezeichnen, oder ob er mit den Amerikanern schon so weit liiert sei, daß diese nun glaubten, ihm Hilfestellung geben zu müssen.

Daß im Jahre 1949 schon die „Rechte“ salonfähig geworden sei, ist das fragwürdige Verdienst des Bundeskanzlers Adenauer, der die Rechtskreise sofort mit zwei Ministerstühlen belohnt habe. Warum, so stellte Corterier die Frage, erinnert sich jetzt Adenauer, daß diese Rechtskreise gefährlich werden könnten? „Die Geister, die ich rief, ich werd' sie nicht mehr los“. So ist die heutige Situation, wenn man an den Fall „Naumann“ denkt.

Für die SPD sei die Demokratie keine Deklamation, sondern die Sozialdemokratie sei zutiefst überzeugt, daß die Demokratie die einzig mögliche Form des Zusammenlebens für Kulturmenschen sei. Die Demokratie dürfe unter keinen Umständen wieder Selbstmord begehen. Die SPD habe viele Forderungen anzumelden, die alle nicht erfüllt worden seien. Wenn der Wahlkampf zwinge, zu den unmöglichsten Vorwürfen Stellung zu nehmen, so solle das positive Programm der SPD trotz aller Wirrnisse und Angriffe nicht vergessen werden. Obwohl die SPD wisse, daß sie als „Feind Nummer 1“ gelte, sei sie überzeugt, daß ihre Argumente die besseren seien. Denn die SPD will eine Außenpolitik, die nicht zum Krieg, sondern zur Wiedervereinigung Deutschlands in Einheit und Freiheit führt. Sie treibt eine Innenpolitik, die unter allen Umständen den Bestand der Demokratie sichert, und sie tritt für eine Wirtschaftspolitik ein, die nicht nach den Nutzen der „oberen Zehntausend“, sondern nach den Erfordernissen der Millionen schaffenden Menschen ausgerichtet ist.

Die Ausführungen des Karlsruher SPD-Kandidaten Fritz Corterier wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Als zweiter Redner betrat Oberbürgermeister Günther Klotz das Podium und stellte fest, daß sich ein Oberbürgermeister als selbstverständliches Prinzip die Neutralität zu eigen machen müsse. Aber in Wahlzeiten habe er nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, als Parteimann zu sprechen. Man mache der SPD zunächst den Vorwurf, sie sei unchristlich. Daß die abendländische christliche Weltanschauung das Fundament darstelle, könne von niemand geleugnet werden. Und daß es immer die SPD gewesen sei, die berechtigten kirchlichen Belange vertreten habe, ergebe die Geschichte. Es stimme einem aber bedenklich, wenn man jetzt die Auseinandersetzungen über den Bestand der christlichen Gemeinschaftsschule verfolge, und man müsse fragen, ob es wirklich einen gemeinsamen Herrgott gebe. Die Aufgabengebiete von Staat und Kirche seien getrennt, und wenn jeder

Beerdigungen in Karlsruhe

Montag, den 7. September 1933
Hauptfriedhof:
Kamb Leonhard, 79 J., Umlandstr. 15 10.30 Uhr
Scholz Hans, 20 J., Goslar 11.00 Uhr
Friedhof Rintheim:
Mehr Erna, 40 J., Ernststr. 31 15.00 Uhr

Beerdigungen in Durlach

Samsiag, den 5. September 1933
Friedhof Aue:
Kappler Friedrich, 96 J., Bergstr. 18 15.30 Uhr
Montag, den 7. September 1933
Bergfriedhof:
Reith Josef, 62 J., Weingartener Str. 46 14.00 Uhr

Erststimme				Zweitstimme			
für die Wahl des Wahlkreisabgeordneten				für die Wahl nach Landeslisten			
1	Dr. W. Friedrich Oberregierungsrat Karlsruhe, Kriegsstr. 69a	CDU	<input type="radio"/>	1	Fraulein Dr. Gerstenmaier Dr. Gerstenmaier		<input type="radio"/>
2	Corterier, Fritz Dipl.-Kaufmann Karlsruhe, Klauprechtstr. 33	SPD	<input checked="" type="radio"/>	2	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ollenbauer, Schoettle, Frau Meyer-Laule, Erlen, Dr. Veit	SPD	<input checked="" type="radio"/>
			<input type="radio"/>	3	Freie Demokratische Partei (Demokratische Volkspartei)		<input type="radio"/>

Karlsruher, wählt Fritz Corterier!



FRITZ CORTERIER:

An die Karlsruher Jugend

Einen Tag vor den Wahlen wende ich mich an die Jugend, an die Jugend im weitesten Sinn. Ich glaube, die Generation, der ich angehöre — man kann sie die Generation zwischen den Kriegen nennen — hat nicht nur ein Recht dazu, sich den Jüngeren zuzuwenden, sondern sie verfügt auch über das erforderliche Verständnis. Es verbindet mehr als nur der geringe Abstand der Jahre. Das Band, das heute zwischen den Vierzigjährigen und den Zwanzigjährigen spürbar ist, wurde nicht erst in den letzten vier Jahren geknüpft. Es besteht seit der Zeit, da Ihr mit Euren Müttern mehr Stunden, qualvolle und bange Stunden, in den Luftschutzkellern verbringen mußtet als auf den Spielplätzen. Eure Mütter und Ihr hattet Sorgen um uns, die wir draußen waren, und wir erwarteten voller Angst die Briefe aus der Heimat, die nach den Bombennächten geschrieben wurden. Viele wurden nicht mehr geschrieben, weil die Furie des Krieges erbarmungslos über Eueren Städten wütete. Das Band wurde fester in der Gefangenschaft, als unsere Gedanken ausschließlich um die Freiheit, den Aufbau des Vaterlandes und um den Hunger gingen. Es wäre falsch, wollte ich den Hunger vergessen, denn er wurde dann in der Heimat zum unzerreißbaren Band, weil die Not und das Elend des Einen das Elend und die Not des Anderen waren.

Ich erinnere daran, weil ich Grund habe, mit der Entwicklung der vergangenen vier Jahre nicht zufrieden zu sein.

Vier Jahre hatte die Bonner Regierung Zeit gehabt, durch eine verständnisvolle Jugendpolitik das Vertrauen der Jugend zum demokratischen Staat zu stärken. Sie sind, wenn Ihr es Euch recht überlegt, nicht genutzt worden. Das ist nicht nur verhängnisvoll für Euch, sondern in gleicher Weise verhängnisvoll für die junge deutsche Demokratie. Wie solltet Ihr auch Vertrauen haben, da die Aussichten, zum Beispiel eine Lehrstelle zu erhalten, äußerst gering waren? Euer Vertrauen wurde durch die Tatsachen erschüttert, weil Ihr erkennen mußtet, daß von Bonn aus eine einseitig orientierte Klassenpolitik getrieben wurde. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands legte der Öffentlichkeit einen Jugendplan vor, von dem sie erhofft, daß er ein erfolgsversprechender Weg ist, die Jugend für den Staat zu gewinnen. Oberstes Gesetz ist, die Jugendarbeitslosigkeit zu beseitigen durch eine sinnvolle Politik der Vollbeschäftigung. Die Errichtung gemeinnütziger Lehrwerkstätten müssen gefördert, und die Ausbildungsformen an die moderne Arbeitstechnik angepaßt werden.

Die Arbeitslosigkeit der Jugend durch einen staatlichen Arbeitsdienst überwinden zu wollen, wäre ein Vorschlag, der mit Recht auf Eure oppositionelle Haltung stoßen würde. Nein, die Jugendfrage muß organisch gelöst werden. Sollte in den nächsten vier Jahren diese Frage nicht beantwortet werden, dann haben wir im Bundesgebiet vielleicht noch einige wenige aufrechte Demokraten, aber keine Demokratie der Jugend. Und die Gefahr, daß Ihr einem Rattenfänger nachlaßt, ist riesengroß.

Schutz der arbeitenden Jugend. Schaffung eines neuen und besseren Jugendarbeitsschutzgesetzes. Ärztliche Ueberwachung der berufstätigen Jugend. Begrenzung der Arbeitszeit auf 7½ Stunden. Gleiche Chancen für den Sohn des Arbeiters wie für den Sohn eines höheren Beamten. Dies sind keine Schlagworte, sondern realisierbare Forderungen der Sozialdemokratischen Partei. In unserem Heimatland, in Baden-Württemberg, wurde die Lehr- und Lernmittelfreiheit auf Initiative der SPD erreicht. Hier wurde ein Anfang geschaffen, der hoffnungsfreudig stimmt, weil die Ausbildung nicht abhängt von Vaters Brieftasche, sondern einzig und allein von Eurem Kopf. Ich bin froh, auf diesen Umstand

Lockerung — aber keine Willkür

Wohnraum muß auch weiterhin bewirtschaftet werden

Das „Wohnraumbewirtschaftungsgesetz“ vom 31. 3. 1953 ist am 1. Juli 1953 in Kraft getreten. Es hat sich seither vielfach gezeigt, daß die neuen Bestimmungen von der interessierten Bevölkerung nicht immer richtig ausgelegt werden. Nachstehend wird daher ein kurzer Ueberblick über die wirkliche Sach- und Rechtslage gegeben.

Das Kernstück des neuen Gesetzes ist sein Abschnitt III über die Zuteilung von Wohnraum. Während bisher nach der Erfassung die Zuweisung erfolgte und nach dieser erforderlichenfalls eine Mietverfügung und Zwangseinweisung, wird künftig ohne Erfassungsvorgang eine Zuteilung entweder in der Form der Benutzungsgenehmigung oder der Zuweisung erfolgen, und zwar jeweils in Schriftform.

Vermieter kann einen Vorschlag machen

Der Verfügungsberechtigte ist verpflichtet, binnen einer Woche das Freiwerden oder Bezugsfertigwerden von Wohnraum dem Wohnungsamt anzuzeigen. Binnen zwei Wochen nach Erstattung der Anzeige, zweckmäßigerweise jedoch zugleich mit der Anzeige, kann der Verfügungsberechtigte den Antrag stellen, einen von ihm ausgewählten Wohnungssuchenden die Benutzungsgenehmigung zu erteilen. Der Verfügungsberechtigte darf aber sein Vorschlagsrecht nicht so deuten, daß er seine Mieter nun nach eigenem und völlig freiem Ermessen aussuchen kann. Sein Antrag kann vielmehr vom Wohnungsamt „aus gewichtigen Gründen der Wohnraumbewirtschaftung“ auch abgelehnt werden. Es liegt ein solcher „gewichtiger Grund“ insbesondere dann vor, wenn ein Flüchtling oder Umsiedler unterzubringen ist, ihm aber an Stelle einer für diesen Personenkreis gebundenen Wohnung eine andere zumutbare Wohnung zuteilt werden soll. Der Antrag auf Benutzungsgenehmigung wird im allgemeinen abzulehnen sein, wenn der Vorgeschlagene nicht so dringlich wohnungssuchend ist, daß seine Bewerbung in absehbarer Zeit berücksichtigt werden müßte. Die Dringlichkeit einer Bewerbung wird nach den persönlichen Verhältnissen und den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen beurteilt. Bei den Wohnungssuchenden ist die Dringlichkeit der Bewerber, bei gleicher Dringlichkeit die frühere Vormerkung, ausschlaggebend. Eine erheblich längere Wartezeit kann ein besonderes Dringlichkeitsmerkmal darstellen. Dringlichkeits-Bescheinigungen werden vom Wohnungsamt Karlsruhe nicht ausgegeben.

Auswahl unter drei Wohnungssuchenden

Das Zuweisungsverfahren kommt in Betracht, wenn der Verfügungsberechtigte keinen Bewerber vorgeschlagen hat, oder wenn der Vorschlag abgelehnt werden mußte. Als dann werden mehrere, in Karlsruhe drei,

Wohnungssuchende zugewiesen. In der Zuweisungsverfügung werden also stets mehrere Wohnungssuchende zur Auswahl benannt. Dieses Auswahlrecht kann in den sogenannten Sofortfällen (z. B. bei Einsturzgefahr) ausnahmsweise versagt werden. Die Gründe hierfür werden dem Verfügungsberechtigten bekanntgegeben.

Für den Fall, daß auf Grund der Zuweisung ein Mietverhältnis nicht zustandekommt, kann die Wohnungsbehörde eine Verfügung (Mietverfügung) mit Wirkung eines Mietvertrages erlassen. Im Anschluß an die Mietver-

Von der Bewirtschaftung durch das Wohnungsamt sind ausgenommen: Freifinanzierte und steuerbegünstigte Wohnungen im Sinne des Ersten Wohnungsbaugesetzes, ferner Wohnungen, die ohne öffentliche Darlehen oder Zuschüsse geschaffen und in der Zeit vom 21. 6. 1948 bis 31. 12. 1949 bezugsfertig geworden sind, ferner Wohnraum, der wegen seines räumlichen Zusammenhangs mit Geschäftsraum zugleich mit diesem vermietet oder verpachtet ist (z. B. Ladenwohnungen). Voraussetzung im letzteren Falle ist jedoch, daß kein Mieterschutz besteht, was von Fall zu Fall nach der jeweiligen Rechtslage geprüft werden muß.

Der freiwillige Wohnungstausch bedarf nach wie vor der Genehmigung durch das Wohnungsamt.

Wohnraum darf ohne Genehmigung anderen als Wohnzwecken nicht zugeführt werden (Verbot der Zweckentfremdung). Auch darf Wohnraum nicht ohne Genehmigung derart verändert werden, daß die bisherige Brauchbarkeit für Wohnzwecke beeinträchtigt wird. Auf Verlangen ist die frühere Brauchbarkeit wiederherzustellen.

Zuwendungen gegen die Bestimmungen des Wohnraumbewirtschaftungsgesetzes können mit Geldbußen bis zu 1000 DM geahndet werden.

Wer künftig wegen Eigen- bzw. Betriebsbedarf auf Mietaufhebung klagen will, braucht vor Einreichung der Klage eine Bescheinigung des Wohnungsamtes, daß es ihm die Räume im Falle des Freiwerdens zuteilen wird. Die Beurteilung der Interessenslage zwischen Kläger und Beklagten ist Sache des ordentlichen Gerichtes.

Die verschiedenen Lockerungsbestimmungen des neuen Gesetzes haben keine Änderung der Belegungsmaßstäbe gebracht. Es kann nach wie vor niemand mehr Raum beanspruchen, als ihm „nach seinen persönlichen, familiären und beruflichen Bedürfnissen unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Gemeinde zugestanden werden kann“.



fügung ist eine Besitzeinweisung notwendig, gegebenenfalls unter Anwendung von Verwaltungszwang. Eine andere Form der Wohnungszuteilung als durch die Benutzungsgenehmigung oder durch Zuweisung kennt das Gesetz nicht. Wer bewirtschafteten Wohnraum ohne Genehmigung bezieht, kann durch Bereitstellungsverfügung und Verwaltungszwang aus der Wohnung gewiesen werden.

Therapiekongreß:

Tuberkulosesterblichkeit unter dem Vorkriegsstand

Die Tuberkulosesterblichkeit im Bundesgebiet hat nach einem stetigen Rückgang seit dem Jahre 1948 jetzt einen Stand erreicht, der unter dem der letzten Jahre vor dem Kriege liegt. Die Zahl der an Tuberkulose Erkrankten hat sich dagegen seit 1948 nicht wesentlich geändert. Während des Krieges und besonders in den ersten Jahren nach

dem Zusammenbruch war die Tuberkulosesterblichkeit erheblich angestiegen. Diese ärztlichen Beobachtungen seien durch statistische Erhebungen bestätigt worden, teilte der leitende Arzt der Inneren Abteilung des St. Franziskus-Hospitals in Köln-Ehrenfeld, Prof. Dr. H. Moers, am Donnerstag den Teilnehmern des Karlsruher Therapiekongresses mit.

Ueber seine Erfahrungen bei der Bekämpfung der Lungentuberkulose berichtete ebenfalls am Donnerstag der Schweizer Arzt Dr. O. Duggeli. Nach seiner Ansicht ist eine ausreichend lange Liegkur in geeigneten klimatischen Verhältnissen nach wie vor die Grundlage der Tuberkulosebehandlung. Die Behandlung mit Medikamenten sei dabei eine wertvolle Ergänzung. Eine Gefahr bilde dabei aber die Gewöhnung der Bakterien an das jeweilige Mittel.

Sieben leichtere Unfälle

Gestern ereigneten sich im Stadtgebiet sieben leichtere Unfälle bei nur geringem Sachschaden.

Ein kurzes Märchen...

Eines Tages kam ein Scharlatan zu einem Fürsten und meinte, er könne Gold herstellen. Der Fürst war überaus erfreut über das Angebot, denn seine Kassen waren trotz der Schinderpresse leer, alldieweil er zu viel für private Zwecke verbrachte. Der Scharlatan arbeitete im stillen Kämmerlein, förderte auch einmal ein Goldkümperchen zu Tage, im übrigen spielte er aber den Herren, der sich's gut sein ließ.

Ein Märchen aus der Zeit, da Berthold Schwarz das Pulver entdeckt hat? Nein, ein ganz modernes aus der Zeit der Bundesrepublik. Nur heißt der Fürst „Erhard“, seines Zeichens Bundeswirtschaftsminister, und der Scharlatan „Meinke“. Kein Gold sollte hergestellt werden — über das goldene Zeitalter sind wir längst hinaus —, sondern Diamanten, mit denen man den ganzen Weltmarkt beherrschen wollte.

Der Wunderprofessor erlebte sein blaues Wunder, wie weiland jener Fürst, oder jene Fürsten, die auf solche Scharlatane hereingefallen sind. Nur existiert ein kleiner bedauerlicher Unterschied: Im 20. Jahrhundert sollte der maßgebliche Mann im Wirtschaftsleben aufgeklärt und nicht sooo leichtgläubig sein wie Erhard im Fall Meinke: Sonst bleibt uns nichts anderes übrig, als uns zu wundern... Helkö

Modell-Flugwettbewerb in Karlsruhe

Herbstwettkampfen des Flugsportvereins am 20. September

Der Flugsportverein e. V. Karlsruhe veranstaltet am Sonntag, den 20. September, auf dem Gelände NW Karlsruhe-Durlach — Sportplatz der Turnerschaft 1846 Durlach — in der Zeit von 9 bis 17 Uhr einen Wettbewerb für Frei- und Fesselflugmodelle, an dem Modellflieger aus dem ganzen Bundesgebiet teilnehmen.

Neben den bekannten Segel- und Benzinmotormodellen werden u. a. Funkfernsteuerungen, sowie Kunst- und Geschwindigkeitsflüge von Fesselflugmodellen gezeigt. Die Stadtverwaltung Karlsruhe sowie der Flugsportverein haben wertvolle Wanderpreise gestiftet, die den Modellfliegern mit den besten Flugzeiten bzw. Leistungen zuerkannt werden.

Für die Teilnahme ist die Mitgliedschaft bei einem Verein oder Verband nicht erforderlich. Mit diesem Wettbewerb soll insbesondere den jungen Modellfliegern die Möglichkeit gegeben werden, Erfahrungen für die Landes- und Deutschen Modellflugmeisterschaften zu sammeln. Andererseits wird diese Veranstaltung aber auch allen fluginteressierten Besuchern zeigen, daß der Modellflug weit davon entfernt ist, eine Spielerei zu sein, vielmehr eine Sportart, die geistige, körperliche und charakterliche Eigenschaften idealgeinnter junger Menschen erfordert und fördert.

Beitritt der Stadtwerke zur AFWL

Die Stadtwerke sind mit Zustimmung des Stadtrates der Arbeitsgemeinschaft der Energieversorgungsunternehmen für den Vertrieb von Flüssiggas zur Gewinnung von Wärme

hinweisen zu können, weil Ihr daraus erseht, daß die SPD es ernst meint, wenn sie einen Jugendplan aufstellt. Sie meint es deshalb bitter ernst, weil sie die Erkenntnis gewonnen hat, daß unser Vaterland nur dann eine auf richtige Wertschätzung erfährt, wenn die wahren Kräfte, die da sind: Können und Fleiß, Geschicklichkeit und Tatkraft, geweckt werden. Diese Kräfte für den Frieden und für die Freiheit eines Volkes einzusetzen, ist das Ziel der SPD, die dadurch unserer Demokratie ein festes Fundament verschaffen will.

und Licht e. V. (AFWL) beigetreten. Die Arbeitsgemeinschaft der Energieversorgungsunternehmen für den Vertrieb von Flüssiggas bezweckt die Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden und die Förderung der gemeinsamen Interessen auf rechtlichem, wirtschaftlichem, sicherheitstechnischem und technischem Gebiet des Flüssiggasgeschäftes. In der AFWL sind die Flüssiggaserezeuger und die Hauptvertreter zusammengeschlossen. Sie nimmt die Interessen der Flüssiggaserezeuger und Hauptvertreter wahr und ist bei der Abfassung und dem Erlaß der Verordnungen, Vorschriften und Richtlinien für Flüssiggas in dem Druckgasausschuß der Bundesregierung maßgeblich vertreten.

Brand in einem Ruinengrundstück

Gestern nachmittag brach in einem Ruinengrundstück in der Herrenstraße beim Schloßbezirk ein Brand aus, der von der Berufsfeuerwehr gelöscht wurde.

Kurzschluß auf dem Lerchenberg

Gestern nachmittag entstand auf dem Lerchenberg durch Kurzschluß ein Brand, der von den Bewohnern gelöscht werden konnte.

Kaffeepreise werden geprüft

Die Preisbehörde des Landkreises Karlsruhe hat die Anweisung erhalten, bei den Einzelhandelsgeschäften, den Gaststätten und Konditoreien zu prüfen, ob die Ermäßigung der Kaffeesteuer und die sich daraus ergebenden Ermäßigungen an Getränkesteuer, Umsatzsteuer usw. dem Verbraucher auch in vollem Maß zugute kommt. Zur Beurteilungsmöglichkeit für den Verbraucher weist die Preisbehörde darauf hin, daß sich der Preis für eine Tasse Kaffee bei einem Einkaufspreis von 20 DM pro Kilo um etwa 10 Pfennig verringert. Wenn nun die Preisprüfer in den nächsten Tagen mit der Prüfung beginnen, werden sie dies in Zusammenarbeit mit der Staatlichen Lebensmitteluntersuchungsanstalt tun, denn diese ist in der Lage, aus einer Tasse fertigen Kaffees und dem dazu verwendeten Rohkaffee der Preisbehörde einwandfreie Unterlagen zur Preisprüfung zur Verfügung zu stellen.



KARL HUMMEL
KARLSRUHE • WERDERSTRASSE 7/13

Großparfümerie
Friseurbedarf
Friseureinrichtungen
*
Solinger Stahlwaren
Hohlschleiferei

**DVP „ermordet“
ihren eigenen Kandidaten**

Dieser Wahlkampf hat viele Überraschungen gebracht. Für eine neue sorgte nun die DVP/FDP im Wahlkreis Pforzheim-Karlsruhe Land. Hier hat die DVP als Kandidaten den Dr. Wolfgang Rutschke aufgestellt und groß herausgebracht. Liegt es nun an dessen Namen, daß Rutschke im wahrsten Sinne des Wortes abgerutscht ist? Wie dem auch sei, Rutschke liegt auf der Nase.

Die DVP verkündete nämlich in einem großen Insekt der erstaunten Wählerschaft des Wahlkreises Karlsruhe-Land und Pforzheim, daß man die Erststimme dem CDU Kandidaten Leonhard geben soll, dem gleichen Leonhard, der wenige Tage zuvor in einem Flugblatt der CDU kräftig gegen DVP-Ministerpräsident Maier vom Leder zog und ihn „wegen seiner zwiespältigen und doppelzüngigen Haltung“ beschimpfte. Man ist hier geneigt einen Volksspruch zu zitieren: „Pack verschlägt sich, Pack verliert sich.“

So hat also die DVP ihren eigenen Kandidaten sozusagen „umgebracht“. Für den Wahlkampf lebt er nicht mehr.

Die Wähler werden dieses Manöver als das erkennen was es ist: Ein übler Kuhhandel. Sie werden ihn nicht mitmachen, sie werden nicht umfallen wie Gottfried Leonhard im Bundestag. Immerhin darf man der DVP und der CDU dankbar sein. Die DVP hat damit bewiesen, wie es wirklich um ihren Liberalismus steht: Im letzten Augenblick steuert man eben doch auf klerikalen Wegen und zwar mit vollen Segeln. Auch die CDU wiederlegt ihren Kampf gegen den Liberalismus hiermit selbst. Man ist deshalb geneigt, hinter dem ganzen Wahlkampf dieser beiden Parteien politische Falschmünzerei zu vermuten. -friso-

**Beim Ausweichen über das Geländer
in die Gutach gesprungen**

Hornberg. Als ein Arbeiter der bei einer Baufirma beschäftigt ist, die sog. Spathelfbrücke überquerte, glaubte er in Bedrängnis zu kommen, als im selben Augenblick ein Auto kam. Er hoffte sich mit einem Sprung über das Geländer auf den Gehweg zu retten. Da sich aber nur auf der linken Seite der Brücke ein Gehweg befindet, ging es mit ihm 6—7 Meter in die Tiefe auf das Steinbett der Gutach. Sein Irrtum verlief noch einmal gut, denn er kam mit einer Fußverstauchung davon.

Schlußkundgebung der Offenburger SPD

Die Abg. Möller und Schanzenbach sprachen in stark besuchter Versammlung

Obwohl der Offenburger Ortsverein der SPD schon zwei gut besuchte Wahlversammlungen durchführte, wurde zum Besuch einer dritten eingeladen, in der der Abgeordnete Alex Möller, Karlsruhe, und die Kandidatin des Kreises, die Abg. Marta Schanzenbach sprachen. Beide zeigten, oft von starkem Beifall unterbrochen, die Notwendigkeit auf, die Regierung Adenauer zu stürzen, damit das deutsche Volk leben und sich natürlich entfalten könne.

Alex Möller nahm sofort bei Beginn seiner ausgezeichneten Rede das jetzt viel besprochene „Deutsche Wunder“ unter die kritische Lupe und zerließ diese von den Regierungsparteien und besonders von der CDU aufgesteckte Wachablumme. Leider wurde der Wahlkampf 1949 wie der gegenwärtige, von den Gegnern der Sozialdemokratie mit einer Fülle von Unwahrheiten begonnen. In diesen Reihen kenne man den Bibelspruch „Du sollst kein falsches Zeugnis geben“ heute nicht mehr. Daß das große Unglück über Deutschland hereingebrochen war, ist die alleinige Schuld derjenigen, die 1933 Hitler das Ermächtigungsgesetz in die Hände gaben, um an den Folgen, wie das ganze Volk, selbst daran sterben zu müssen. Das waren die Vertreter der heutigen CDU und ihres Anhangs in der Koalition. Man rechnet mit dem Gedächtnisschwund der Wähler, sonst würde man, mit dieser Schuld beladen, mehr im Hintergrund bleiben. Möller beschäftigte sich sodann mit einer Reihe von Wahlschlagern, mit denen man meint, die Sozialdemokratie treffen zu können, mit der ungerechten Steuerreform, die den Kleinen noch mehr drücke und dem Großen riesige Vorteile brachte, mit der ungerechten Umsatzsteuer, die die unteren Schichten so schwer belastet. Notwendig wäre eine Verteidigungssteuer, bezahlt von denen, die ihre Riesenvermögen zu schützen haben. Das wäre eine heilsame Einrichtung. Von den notwendigen sechs Millionen Wohnungen sind erst zwei Millionen gebaut. Und diese nicht in erster Linie von der Regierung, sondern von den Gemeinden, den Ländern und Genossenschaften. Bedauerlich sei die Stellung der seitherigen Regierung zu den Opfern der Kriege, deren Schicksal zu bessern man als nicht vordringlich bezeichnete. Mit einem eindringlichen Appell am Sonntag, einen besseren Bundestag zu wählen, schloß Möller, nachdem er noch die verschiedensten Gebiete des gegenwärtigen Geschehens besprochen hatte, seine mit starkem Beifall aufgenommene Rede.

Mit herzlichem Beifall empfangen, betrat sodann die seitherige Abgeordnete Marta Schanzenbach das Rednerpult. Mit der ihr eigenen Herzlichkeit nahm sie besonders zu den verschiedensten Problemen der Fürsorge, der Sorgen um die Jugend und der Kriegsbeschädigten Stellung. Dabei schöpfte die Rednerin aus einer Fülle von Erfahrungen, die sie bei ihrer Arbeit im Bundestag sammelte und bei den vielen Hilfeleistungen Bedrängter erwarb. Immer dort, wo wir — die Sozialdemokratie — auf diesen Gebieten eingriffen, konnte manches geschaffen, oder auch Schlechtes verhindert werden. Marta

Falsche Außenpolitik erhöht Kriegsgefahr

Ein letztes Wort des Bundestagskandidaten Fritz Erler

Solange die Deutschen sich als Untertanen fühlen, wird es in unserem Lande keine wirkliche Demokratie geben. Die Regierungen und ihre Bürokratien haben den Willen des Wählers zu respektieren. Das gewählte Parlament muß der Regierung gegenüber entscheiden und darf sich nicht zur Ja-Sage-Maschine im Dienste der Ministerien erniedrigen. Deshalb finde ich es bedauerlich, daß die Regierungsparteien in mehreren Fällen Parlamentsbeschlüsse auf Befehl des Kanzlers wieder umgestoßen und dann das Gegenteil beschlossen haben. Es war nicht gut, daß der Bundestag in die Knie ging und der französischen Regierung bescheinigte, sie habe uns von 1945 bis 1948 Wirtschaftshilfe geleistet. Mir geht es nicht um die 11,8 Mill. Dollar, sondern um die offenbare Unwahrheit darin. Dabei steht nirgends in den Schuldenabkommen, daß die anderen hinfällig werden, wenn diese eine abgelehnt wird. Amerika hat ja sein Abkommen schon ratifiziert. Es war auch nicht gut, daß die Regierungsmehrheit umfiel und statt Bargeld Bundesanleihe in die Kassen der Sozialversicherung tat. Mit dieser Zweckentfremdung — ohne die Selbstverwaltung zu fragen — nahm Schäffer die Methoden Schachts zur Finanzierung der Rüstung wieder auf.

Die junge Generation wird nur am Staate mitarbeiten, wenn sie spürt, daß man ihr eigene Verantwortung einräumt. Ich bin erschüttert, daß der der CDU nahestehende „Rheinische Merkur“ die jungen Wähler der Verantwortungslosigkeit zeihen, als „pubertäre Sturmcharen“ verunglimpfen und die Heraussetzung des Wahlalters (auf etwa 25

Jahre) fordern konnte, ohne daß seine Partei davon abrückte. Wer der Jugend Militärdienst in der unter fremdem Oberbefehl stehenden Europaarmee zumuten will, sollte ihr eigentlich die Mitwirkung an der Wahlentscheidung nicht verweigern!

Das deutsche Volk hat sich in gemeinsamer Arbeit aus dem Tiefstand des Zusammenbruchs 1945 heraufgearbeitet. Die Ergebnisse der Arbeit sind aber nicht einigermaßen gerecht allen Schichten zugeflossen, sondern haben zur Zusammenballung von neuen Vermögen und Macht in sehr wenigen Händen geführt. Die Regierungsparteien haben die direkten Steuern gerade der Großen erleichtert und dafür dem kleinen Mann allein durch Erhöhung der Umsatzsteuer 1,2 Milliarden jährlich an neuen Lasten aufgebürdet. Der Lastenausgleich trifft Kleinvermögen härter als große und bringt durch die Schonung der Großen zu wenig für die Geschädigten, gerade auch die Ausgebombten, auf. Die fleißige Arbeit soll allen, vor allem den Alten und den Kriegsopfern, nützen, die Last des Krieges auch von den Großen wirklich mitgetragen werden.

Die Außenpolitik sollte gemeinsam sein. Deshalb darf der Kanzler keine einsamen Entschlüsse fassen, sondern muß die demokratischen Kräfte zur Mitwirkung heranziehen, bevor Unterschriften geleistet werden. Was nützt aller Aufbau daheim, wenn eine falsche Außenpolitik das Kriegsrisiko erhöht? Was nützt Erhard's Verzicht auf Wirtschaftspolitik, wenn wir wehrlos einer Weltwirtschaftskrise ausgeliefert werden? Bisher hat

Fritz Erler über die Aufgaben einer gesamtdeutschen Regierung

Nocheinmal waren zu der großen Wahlkundgebung der SPD im Pforzheimer Stadttheater hunderte von Menschen erschienen. Nicht alle fanden in dem großen Saal und auf den Rängen Platz. Viele standen in den Gängen und draußen vor der Tür um über den Lautsprecher zu hören, was ihnen der Bundesabgeordnete und Kandidat für den neuen Bundestag Fritz Erler zu sagen hat.

Fritz Erler behandelte nochmals eingehend die Außenpolitik. Wenn in den letzten Tagen von der politischen Gegenseite behauptet werde, es bestünden in außenpolitischen Fragen zwischen ihm und dem 1. Vorsitzenden der SPD Erich Ollenhauer Meinungsverschiedenheiten, dann sei das nicht wahr und eine weitere in die Wählermassen bewußt hineingetragene Unwahrheit. Er sei in der außen-

politischen Konzeption der SPD mit Erich Ollenhauer einer Meinung.

Diese außenpolitische Konzeption entwickelte nun Fritz Erler folgendermaßen. Die deutsche Wiedervereinigung sei nur möglich, wenn Deutschland weder den Russen ausgeliefert noch zu einem amerikanischen Truppenübungsplatz und Waffenarsenal werde. Die geplante Viererkonferenz sei ein Bestandteil der sozialdemokratischen Politik. Auf eine Viererkonferenz sollten freie Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung vereinbart werden. Diese Nationalversammlung hätte dann die gesamtdeutsche Regierung zu bilden. Der Status dieser künftigen gesamtdeutschen Regierung müßte bis zum Abschluß eines Friedensvertrages von den Alliierten festgelegt werden. Ferner müßte sich die gesamtdeutsche Regierung verpflichten bis zum Abschluß eines Friedensvertrages keinerlei Militärbündnisse einzugehen. Dagegen könne sie sehr wohl an einer das ganze Europa umfassenden Europapolitik festhalten. Als weitere Aufgaben dieser Regierung nannte Fritz Erler: Ausarbeitung des Friedensvertrages am Verhandlungstisch der Alliierten, sowie Mitwirkung an der Festlegung der deutschen Grenzen. Die demokratisch gewählte gesamtdeutsche Regierung müßte über die zur Aufrechterhaltung der Ordnung im eigenen Land erforderlichen Machtmittel verfügen, ohne den anderen Völkern die Angst vor einer deutschen Militärmaschine zu machen.

Die Behauptung, die SPD habe die Oder-Neiße-Grenze anerkannt und die SPD wolle mit der auf Blut beruhenden Sowjetzonenregierung verhandeln sei Unfug. Was ihn, Fritz Erler, von Adenauer unterscheidet sei einfach erklärt: Er, Fritz Erler, wolle eine Viererkonferenz auf der für Deutschland etwas herauskommt, Adenauer dagegen wolle eine Viererkonferenz damit sie scheitere.

Verbrechen an der Bundesstraße 28

Ermordete, unbedeckte Frau aufgefunden

Appenweiler. An der Bundesstraße 28 zwischen Appenweiler und Sand wurde am Donnerstagabend in einem Gebüsch die unbedeckte Leiche einer Frau gefunden. Nach den bisherigen Ermittlungen wurde an der Toiten ein Verbrechen begangen. Sie konnte bisher noch nicht identifiziert werden. Die Frau dürfte 20 bis 25 Jahre alt sein, ist 1,55 Meter groß, schlank, von zierlicher Gestalt und hat rötlichblondes Haar.

Die Mordkommission der Kriminalpolizei Freiburg hat sich noch im Laufe der Nacht an den Ort des grausigen Fundes begeben und zusammen mit der örtlichen Gendarmerie nach Spuren des oder der Täter gesucht. Obwohl ein größeres Waldstück abgesucht wurde, konnten die Kleider der Toiten nicht gefunden werden. Die Staatsanwaltschaft hat für die Ermittlung des Täters 500 DM Belohnung ausgesetzt.

An der gleichen Stelle wurde vor ungefähr einem halben Jahr ebenfalls eine heute noch unbekannte Frau von einem noch nicht ermittelten Täter ermordet. Beide Mordtaten trugen gleiche Züge. In beiden Fällen waren die aufgefundenen Opfer nur mangelhaft bekleidet, in beiden Fällen wiesen sie auch Verletzungen am Kopf und Hals auf. Ob es sich jedoch um den gleichen Täter handelt, ist von der Kriminalpolizei noch nicht ermittelt worden.

Neue Wanderkarte für den Schwarzwald
Freiburg. Der Reise- und Verkehrsverlag Stuttgart hat eine neue Wanderkarte vom Schwarzwald im Maßstab 1:100 000 herausgebracht. Sie ist in drei Blättern für den Nord-, Mittel- und Südteil des Schwarzwaldes erhältlich. Die Karten sind übersichtlich gedruckt, enthalten die markierten Hauptwanderwege des Schwarzwaldvereins und Hinweise für besondere Sehenswürdigkeiten.

Bundesanstalt zur Finanzierung der Autobahn Karlsruhe—Basel bereit

Freiburg. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Julius Scheuble, erklärte am Donnerstag in Freiburg, die Bundesanstalt sei durchaus bereit, sich an der Finanzierung des Baus der Autobahn von Karlsruhe nach Basel zu beteiligen, sobald sie von der Bundesregierung als Rechtsnachfolgerin der ehemaligen

Reichsanstalt anerkannt werde. Die ehemalige Reichsanstalt habe in den Bau der Reichsautobahn 4,5 Milliarden Mark investiert.

Triberg. Der Heimat- und Gewerbeverein Triberg begeht am 12. und 13. September in diesem Jahr die Feier seines hundertjährigen Bestehens. Im Mittelpunkt steht ein Festakt im Triberger Heimatmuseum.

Einweihung der neuen Berufsschule in Bretten

Das neue Berufsschulgebäude, das die Landkreiselbstverwaltung Karlsruhe an der Wilhelmstraße errichtet hat, wird am Samstag, den 12. 9., in einer würdigen Feierstunde eingeweiht und seiner Bestimmung übergeben werden. Eine ganze Reihe prominenter Gäste wird dazu erwartet. Bekanntlich sollen in dem Gebäude die Gewerbeschule, die Höhere und Pflichthandelsschule, sowie die landwirtschaftliche Berufsschule untergebracht werden.

Während im Innern die Handwerker in diesen Tagen noch letzte Hand anlegen und die Scheuerfrauen alle Hände voll zu tun haben, sowie die vielen Schulsäle das notwendige Mobiliar erhalten, sind rings um das Gebäude fleißige Hände an der Arbeit, um auch an der Westseite des Hauses dem Gelände ein angenehmes Aussehen zu geben, nachdem ostwärts bereits die Grünflächen fertig sind. Schon jetzt kann gesagt werden, daß damit der Schulkomplex auch nach außen hin den allerbesten Eindruck machen wird, und die Firma Garten-Pfleiderer (Bretten-Rothenberger Hof) hat hier eine dankbare Aufgabe über-

jede Konjunktur zur Krise geführt, wenn nicht vorausschauend Vollbeschäftigung erreicht und bewahrt wird.

Der Vertreter unseres Wahlkreises muß auch seine Interessen wahrnehmen. Als Landrat habe ich mich zweimal in die Angelegenheiten neuer Kreise mit Erfolg eingearbeitet. Das wird hier nicht anders sein. Ich meine aber, daß zur Wirtschaft eines Kreises nicht nur seine Fabrikanten gehören, sondern auch



die vielen kleinen Leute, die arbeiten und verbrauchen. Ein Bundestagsabgeordneter muß weiterblicken als ein Gemeinderat. Auch seinem Kreise wird es nur gut gehen, wenn der Frieden bewahrt, Deutschland vereint und die Vollbeschäftigung gesichert werden.

Ohmdwagen brannte

Wolfartsweiler. Das Wasser, das den beiden Bohrstellen zur Untersuchung entnommen wurde, ist als gut zu bezeichnen. Auch das Gelände in dem das Wasser gefunden wurde ist sehr günstig. In der kommenden Woche werden wir erfahren, was in dieser Angelegenheit weiter getan wird. — Am Freitag findet im Gasthaus „Zur Friedenlinde“ eine Wahlversammlung der SPD statt. Reformist ist der Kandidat und jetziger Bundestagsabgeordneter Erler. — Gestern brach an einem Ohmdwagen ein Brand aus. Der Wagen wurde schwer beschädigt. Die Brandursache konnte nicht geklärt werden.

Obergrombach. Die am letzten Sonntag im „Grünen Baum“ gezeigte Ausstellung des Kleintierzuchtvereins war sehr gut besucht. Es waren 11 Geflügelrassen vertreten, die sehr große Beachtung fanden. Auch die Kaninchen, von denen 7 Rassen ausgestellt waren, zeigten eine sorgsame Pflege. Aussteller und Besucher waren von dem Gebotenen recht zufrieden. — Beim Aufräumen der Werkstätte zog sich der Wagnermeister Adolf Müller in der Bruchsaler Straße durch Fall schwere innere Verletzungen zu, die seine Aufnahme ins Krankenhaus erforderlich machten. — Die am Montag im „Hirsch“ abgehaltene Versammlung der Winzergenossenschaft brachte Aufklärung und Richtlinien über die zum bevorstehenden Herbst erforderlichen Arbeiten.

Büchig. Die schon seit der im Juli ds. Js. erfolgten Sperrung der Straße Bretten — Büchig besteht, hat die etwa 150 Arbeiter, die täglich zu ihrer Arbeitsstelle in Bretten fahren müssen, zu einer Protestversammlung veranlaßt, in der einstimmig Stellung genommen wurde gegen die Vernachlässigung ihrer Interessen durch das Straßenbauamt bzw. der Baufirmen, die den Umgehungsstraßenbau durchführen. Da kaum damit zu rechnen ist daß die Büchiger Straße noch vor Eintritt der Schlechtwetterperiode im Herbst oder Winter wieder frei wird, wurde die Erwartung ausgesprochen, daß mindestens der Kaiserlindeweg als Ausweichweg so befestigt wird, daß er jederzeit passierbar ist, da alle Büchiger wegen Fehlens einer Bahnverbindung auf ihr Fahrrad bzw. Motorrad angewiesen sind.

Die Frauen und der Paragraph

VON HANS-JOACHIM LANGNER

Sie sind entlassen", sagte der Richter. Lisa hat ihre Aussage gemacht und mechanisch aber wahrheitsgemäß auf jede Frage geantwortet. Ja, sie ist bei Hilde Dinse gewesen. Der verbotene Eingriff hat Erfolg gehabt und sie hat 50 Mark dafür bezahlt, allerdings nur in Raten, weil kein Geld da war. „Sonst hätte ich doch das Kind wollen!“

Lisa ist erst 23 Jahre alt. Damals, als es geschah, war sie 20 und erst kurze Zeit verheiratet. Als sie jetzt unter hundert neugierigen klebrigen Blicken mit schleppendem Schritt aus dem Saal geht, sind ihre Augen hinter den Tränen dunkel vor Schmerz. Lisa möchte laufen, um nach Hause zu kommen zu ihrem Mann. Aber der hat erst um fünf Uhr Feierabend. Sie kann sich noch gar nicht daran gewöhnen, daß er jetzt wieder arbeitet und am Freitag eine Lohntüte mit heimbringt. Die Last der Scham, die ihr in den Minuten eben vor Gericht aufgebürdet wurde, wird fast ein wenig leichter bei dem Gedanken, daß sie nun wieder Geld haben werde und daß der Mann nicht mehr untätig von früh bis spät zu Hause herum sitzt.

Damals, als sie zu der Dinse ging war es anders. Da war die junge Ehe von der sie sich ein Stück Himmelreich erträumt hatte, Hölle gewesen bei aller Liebe und bei allem Mut zum Leben zu Drift. Sie mußten schnell heiraten, damit das Kind gleich den Namen seines Vaters bekam. Und sie waren auch glücklich gewesen am Anfang. Er hatte nichts und sie hatte nichts. Als das Kind da war, hatte Lisa ihren Mann lange angesehen und leise gesagt: „Nun haben wir etwas, das uns ganz allein gehört. Und es ist mehr wert als alles andere!“

Die kleine Familie bewohnte ein Zimmer. Bett, Tisch und Schrank waren die einzigen Möbel darin. Das andere würde schon kommen, wenn man sparsam wäre. Statt dessen aber kam die Arbeitslosigkeit, und eines Tages wußte Lisa, daß sie schon wieder ein Kind erwartete.

Da wurde das kleine Zimmer unpraktisch eng, da gab es nur noch Nächte ohne Schlaf, und eine junge Frau, die gestern noch ein Mädchen war, kapitulierte vor dem Leben, weil nicht jeder mit 20 Jahren schon stark genug ist, es hinzunehmen, wie es kommt. Die Verzweiflung wies ihr den Weg zu Hilde Dinse.

Lisa ist nie mehr jung gewesen seit diesem Tag. Heute weiß sie, daß die Welt ganz anders aussieht, als man sie sich erträumt. Das kleine Zimmer ist noch nicht größer geworden, und auf Möbel wird weiter gespart. Aber das Kind wächst heran. Die Mutter, die von der Gerichtsverhandlung kommt, küßt das Mädchen. „Du bist mein Entschuldigungsgrund“, flüstert sie. „Nicht einen Tag hast du hungern müssen...“

Anita ist schon vierzig Jahre alt. Ihr von der Sonne gebräuntes Gesicht



Das Gericht hatte seine Entscheidung gefällt und langsam leerte sich der große Tanzsaal von Ottenstein. Einsam blieb die Verurteilte mit zwei Polizeibeamten zurück, um sich vorzubereiten auf die drei Jahre lange Abgeschlossenheit hinter Zuchthausmauern. Die erst 34 Jahre alte Hilde Dinse, die eben den Schuldspruch vernommen hat, ist vielleicht die jüngste in der langen Reihe der entdeckten und noch unerkannten gewerbmäßigen Abtreiberinnen, die aus der seelischen Bedrängnis und der wirtschaftlichen Not vieler Frauen und Mädchen ein Geschäft machen.

Zu Recht trifft diese „weisen Frauen“, die man über eine Hintertreppe in der Großstadt genau so leicht erreichen kann wie im Dorf an der Weser, der Paragraph 218. Sie nehmen verbotene Eingriffe vor, obwohl sie wissen, daß sie wegen unzureichender Hygiene und in medizinischer wie anatomischer Unwissenheit Menschenleben in höchste Gefahr bringen. Häufiger läßt ihr Gewissen jedoch in den meisten Fällen schweigen. Nur selten einmal treibt sie ein verschwommenes Mitleid von Frau zu Frau.

Aber ein Prozeß wie der in Ottenstein überliefert nicht nur Schuldige der gerechten Strafe. Er brandmarkt

auch die vielen Frauen und Mädchen, die in letzter Verzweiflung sich „hellen“ lassen. Vor aller Öffentlichkeit müssen sie als Zeuginnen aussagen über ihr Unglück. Und hier wird der Paragraph, der die Menschen schützen soll, zu ihrem Peiniger.

Am Ausgang des Ottensteiner Tanzsaales stand ein alter Mann. Er hatte die 24 Zeuginnen gesehen, die ein Strafbefehl auch schuldig gesprochen hatte, obwohl sie doch in Wirklichkeit Opfer eines Lebens sind, das sie sich nicht ausgesucht haben und daß sie allein auch bei allem Fleiß und allem Mut nicht ändern können. Der Mann sagte: „Der Staat, der den Paragraphen machte, hat vergessen, gleichzeitig auch das Leben der Menschen in Ordnung zu bringen. Wer seine Kinder ernähren kann, geht nicht zu Hilde Dinse!“

Dies ist der Bericht von Frauen und Mädchen, die bei der Abtreiberin von Ottenstein Hilfe suchten und die nur eine Handvoll sind von Tausenden in Stadt und Land. Sie, deren Namen im folgenden geändert sind, gingen an Paragraphen 218 vorbei zu Hilde Dinse, weil sie keinen anderen Weg wußten, der sie herausgeführt hätte aus der Not ihrer Herzen.

des Paragraphen ins Haus gebracht wurde. Es war eine Feststellung, keine Entschuldigung. Leute, die Anita viele Jahre kennen, behaupten, man müsse schon suchen, um eine Mutter zu finden, die sich mit ihr vergleichen lasse.

Solange Menschen miteinander leben, solange gibt es Liebe und Haß zwischen ihnen, und solange auch ha-

Mann war nicht dabei. Hinter dem Spiegel in ihrem Zimmer steckte eine schon leicht vergilbte Karte: „... in Rußland vermißt.“

Eva wartete und weinte. Aber es kam der Tag, an dem sie keine Tränen mehr hatte, und auch die Hoffnung schwand. Die Einsamkeit aber stand schließlich wie eine Mauer zwischen der jungen Frau und der kleinen Welt ihres Dorfes.

Wenn man jung ist und ein einfacher Mensch dazu, genügt man sich nicht selbst. Da wachsen eines Tages die Gedanken zu mächtigen Wünschen an, und man ist bereit, einen Strich unter Vergangenes zu ziehen, um Trost und Geborgenheit im lachenden Leben der Gegenwart zu finden, das vielleicht noch ein Stück Jugend ist.

Acht Jahre hat diese Frau tapfer auf den vermißten Mann gewartet. Dann aber starb die Hoffnung unter dem Alp der Einsamkeit. Eva lernte einen anderen Mann kennen. Sie wehrte sich auch nicht, als die Liebe kam. Sie war ganz einfach glücklich und nur ein wenig verwundert, daß es für sie so etwas noch gab. Sie stellte den Antrag, ihren seit 1943 vermißten Mann, mit dem sie nur eine Urlaubsbegegnung von kaum vier Wochen verlobt hatte, für tot erklären zu lassen. „Weil ich wieder heiraten will“, schrieb sie auf dem Fragebogen.

Eine Todeserklärung wird jedoch nicht von heute auf morgen ausgestellt. Da sind tausend Vorschriften, die beachtet sein wollen, und man muß warten, bis der lange Behördenweg gegangen ist.

Ein Herz aber, das plötzlich wieder jung sein will, kann manchmal nicht mehr auf ein Amtssiegel unter einem Stück Papier warten. Die Hochzeit war schon festgesetzt und nur die amtliche Todeserklärung stand noch aus, als Eva wußte, sie würde ein Kind bekommen.

Gewiß war es töricht, aber nun hatte die Angst vor dem Urteil des Kollektivs die Frau gepackt, die doch erst wieder anfangen wollte mit dem Leben. Vielleicht muß man in Ottenstein oder einem anderen Dorf, wo jeder jeden kennt, leben, um verstehen zu können, wie mächtig die Furcht vor Schande sein kann. Manches versteckte Grab erzählt davon.

Eva aber wollte weiterleben, wollte das Stückchen Glück halten, das sie gefunden hatte. Sie wartete noch ein

paar Tage, eine Woche. Die Todeserklärung kam nicht und die Furcht wuchs zu panischem Schrecken. Würde man nicht nachrechnen und mit Finger auf sie zeigen, wenn das Kind „vor der Zeit“ käme, wenn sie noch amtlich verheiratet gewesen wäre mit einem vermißten Mann?

Eva hatte gelernt, immer nur nach den anderen zu sehen und es ihnen gleichzutun. Mit ihrem zukünftigen Mann besprach sie sich nicht. Vielleicht würde er zurückschrecken und aufhören, sie zu lieben? Zum erstenmal hatte sie sich ganz allein zu entscheiden, und nur die Angst war dabei.

Deshalb ging Eva 1951 zu Hilde Dinse, und deshalb steht sie zwei Jahre später als vom Strafbefehl des Paragraphen schuldig gesprochene Zeugin vor dem Richter. Sie ist inzwischen verheiratet und auch ein Kind ist da. Aber das Stückchen Glück ist entwischt. Sie werden beide, Eva und ihr Mann, viel Mut und lange Zeit brauchen, bis sie es wiederfinden.

Lang noch ist die Reihe der Frauen und Mädchen, die allein in Ottenstein Opfer des Paragraphen wurden. Junge Mädchen sind darunter, die keinen Vater für ihr Kind gehabt

hätten und die deshalb die Dorf-schande genau so fürchteten wie Eva. Dann stand die nicht mehr junge Frau am Zeugentisch, die bereits für einen Mann und drei Kinder zu sorgen hatte. Das letzte Mal waren es Zwillinge gewesen, und ich hatte solche Angst, ich könnte wieder zwei auf einmal bekommen. Wie sollten wir wohl fünf sattkriegen?“

„Sie können Gott danken“, sagt der Richter zu der neunzehnjährigen Gertrud, „daß der Versuch mißlungen ist.“

„Ja, Herr Richter antwortet die Frau und geht aus dem Saal. Ihre Schultern zucken in verhaltenem Weinen. Sie ist auch froh, die Gertrud, daß ihr Kind heute lebt. Aber wird sie ihrem Mann jemals wieder eine unbefangene Frau sein können? Das Kind ist heute zwei Jahre alt. Alle Leute im Dorf wissen nun, daß sie es nicht haben wollte, daß es nur da ist, weil Hilde Dinses Kunst versagte.“

Das Kind, das sie heute von ganzem Herzen liebt, wird älter werden und schließlich in die Schule kommen. Dort werden andere Kinder sein. Und muß Gertrud nicht jetzt schon Angst haben vor dem Tag, an dem ihr Kind nach Hause gelaufen kommt und weint: „Mutti, sie sagen, du hättest mich gar nicht haben wollen...“

Was soll sie dann antworten? Daß sie erst siebzehn war und verzweifelt, weil das Geld fehlte und die Ehe noch gar nicht angefangen hatte? Sie wird ihr Kind in Zukunft nur noch mehr lieben. Vielleicht kann man auch fort-



Unter den Blicken der Öffentlichkeit droht die Zeugin zusammenzubrechen

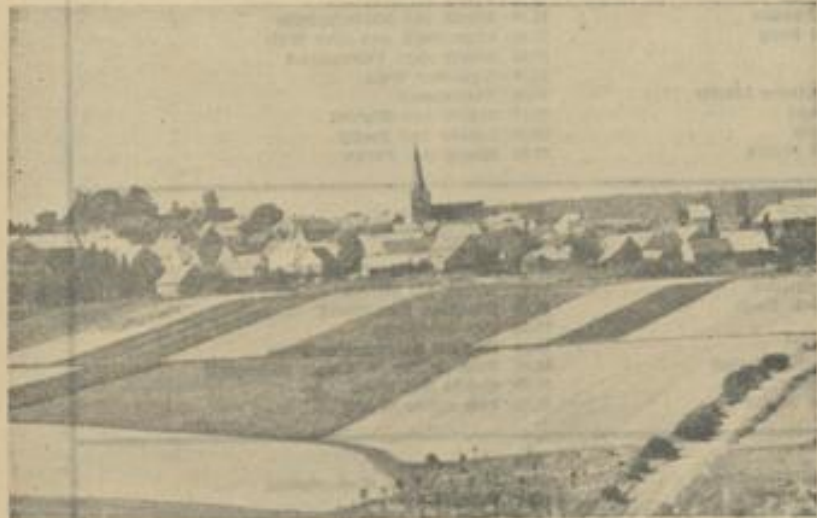
ziehen aus dem Dorf. Gertrud ist nur Zeugin gewesen im Prozeß, aber ihre Gedanken sind die einer lebenslanglich Verurteilten.

Eine Frau gab es im Prozeß, die leugnete den Paragraphen. Und er ließ es zu, weil die anderen 24 genötigten. Die Frau schickte ihren Rechtsanwalt und ein ärztliches Attest, das bescheinigte, sie könne wegen Krankheit als Zeugin nicht vor Gericht erscheinen.

Die Frau hatte Hilde Dinse zweimal kommen lassen und in Gegenwart einer befreundeten Ärztin in deren Praxisräume empfangen. „Beide“, so sagte Hilde Dinse, „waren angebetrunken.“ Die Abtreiberin versagte im Haus der Ärztin.

Erst als die Frau in Hilde Dinses Wohnung nach Ottenstein kam, gelang der Eingriff. Vor Gericht aber fehlte eine Zeugin, wegen Krankheit entschuldigt.

Es ist ein offenes Geheimnis: Vor dem Gelde verliert selbst der Paragraph seine Macht.



Unter vielen Dächern von Ottenstein ist in diesen Togen der Frieden verlorengegangen

bleibt ruhig, als sie vor dem Richter steht. „Jawohl“, sagt sie, „ich bin auch bei der Frau gewesen.“ Ihre Stimme zittert nicht. An ihrem von der Feldarbeit leicht gekrümmten breiten Rücken prallen auch die Blicke der Zuhörer wirkungslos ab. Es ist als wolle der Rücken sagen: „Ich habe schon so viel tragen müssen, ich breche auch unter diesem Packen nicht zusammen.“

Anita ist die Mutter von vier Kindern. Jeder sieht ihr an, daß sie geboren wurde, um zu sorgen, zu arbeiten und an sich selbst zuletzt zu denken. Die Frau eines Landerbeiters mit drei Jungen und einem Mädchen hat im ganzen Leben nicht soviel Feierstunden wie mancher an einem Wochenende. Das alles sagt der leicht gebeugte Rücken und das sagt das ernste braune Gesicht, in dem es wohl Falten gibt, aber keine Fältchen, die vom Lachen kommen.

„Fünf waren einfach zu viel“, hat Anita gesagt, als ihr der Strafbefehl

ben sie Angst voreinander. Am größten ist die Furcht des einzelnen vor dem Urteil des Kollektivs, das schnell und unbarmherzig gefällt wird und nur zu oft unwiderruflich ist. Eine Dorfgemeinschaft ist solch ein Kollektiv, das seine Entscheidung so trifft, wie es die Trägheit der Tradition und die entsprechend ausgeübte Meinung der Mehrzahl gebieten.

Eva hat immer danach getrachtet, in Ottenstein zu den vielen Urteilen zu gehören. So hatte sie es von ihrer Mutter und der Großmutter gelernt. Noch vor zehn Jahren, als sie gerade 23 war und ihren Mann während des kurzen Urlaubs vom Krieg geheiratet hatte, wäre ihr nicht einmal der Gedanke gekommen, daß sie selbst eines Tages Angst haben müsse vor dem Gerede und der Meinung der anderen.

Zwei Jahre später war der Krieg aus. Die Männer kehrten heim. Evas



Hilde Dinse mit ihrem Verteidiger

Fotos: Friedrich

„Fernsehen – Gift- oder Heiltrank?“

Adolf Grimme, Generaldirektor des NWDR, zur Deutschen Rundfunk- und Fernsehausstellung

Düsseldorf. „Das Fernsehen ist uns Menschen in die Hand gegeben, daß wir entscheiden, ob wir es als Gift verspritzen oder einen Heiltrank daraus brauen“, erklärte der Generaldirektor der Nordwestdeutschen Rundfunks, Dr. h. c. Adolf Grimme, bei der Eröffnung der großen deutschen Rundfunk-, Phono- und Fernsehausstellung in Düsseldorf.

Das Fernsehen entschleierte unbarmherzig die Wirklichkeit des Menschen. Weil wir am Unfug des gegenseitigen Mißtrauens krankten, erwachte dem Fernsehen eine national-pädagogische Mission. Indem es den anderen Menschen in seiner wirklichen Natur und in seiner durch kein parteiliches Kollektivurteil verstellten Menschlichkeit erfassen lasse, bahne es den Weg zum gegenseitigen Verstehen und schließlich zum Miteinander.

Mit den neuesten Rundfunkgeräten für die Saison 1953/54 sind alle großen Firmen vertreten. Sie haben kostspielige Stände aufgebaut, wobei die Phantasie der Werbeleiter freien Lauf hatte. Die Vielfalt der Ausstattung bildet einen Kontrast zu der auffälligen Be-

schränkung der Typen. Drei Firmen bringen die Luxustruhe, eine Verbindung von Fernseh- und Radiogerät, deren Preis zwischen 3500 und 4000 DM liegt.

Bei den Vorbesichtigungen wurde die Preisfrage lebhaft diskutiert. In der Fernsehindustrie wird erwogen, ob die Anschaffungskosten nicht dadurch gesenkt werden können,

daß man stumme Fernsehgeräte auf den Markt bringt. Diese Geräte können dann mit vorhandenen UKW-Empfängern gekoppelt werden, die auch den Fernsehanteil bringen könnten. Manche Experten bezweifeln aber, ob diese Lösung Aussicht auf Erfolg hat.

Beim UKW-Empfänger macht sich die Bemühung um größere Trennschärfe bemerkbar, weil in Zukunft jeder UKW-Sender zwei oder drei Programme gleichzeitig ausstrahlen wird. Auch auf der Mittelwelle haben viele Modelle eine drehbare Ferritantenne. Die Zahl der Kleinmusiktruhen-Radios mit Plattenspieler, die für die moderne Neubauwohnung gedacht sind, ist erheblich gestiegen.

Fernseh-Interesse in Deutschland wächst

45 000 Fernsehgeräte in den nächsten sechs Monaten auf dem deutschen Markt

Die deutsche Rundfunkindustrie wird in den nächsten sechs Monaten ungefähr 45 000 Fernsehgeräte auf dem deutschen Markt absetzen. Diese Schätzung ergab eine von der

Deutschen Philips GmbH, bei den Rundfunkhändlern im Bundesgebiet und Berlin veranstaltete Rundfrage, die sich mit dem Programm des deutschen Fernsehens und seinen

Auswirkungen auf die Publikumsmeinung beschäftigte.

Danach rechnen die Rundfunkhändler, daß in den nächsten sechs Monaten etwa ein bis zwei Prozent aller am Fernsehen interessierten Kunden auch ein Gerät kaufen werden. 41 Prozent des befragten Publikums sind der Meinung, daß sich der Kauf eines Fernsehempfängers – vom bisher gebotenen Programm der deutschen Fernsehsender her gesehen – lohnt; 40 Prozent gaben ihre einschränkende Zustimmung und 19 Prozent verneinten die Frage. Die Abneigung gegen den Kauf eines Fernsehempfängers wurde z. T. mit Programmhinweisen, mit Hinweisen auf die Kosten und auf technische Fragen begründet.

70 Prozent des befragten Publikums sind der Meinung, daß ihnen ein Fernsehprogramm vollkommen zusagt, wenn einzelne Teile des täglichen Programms ansprechen. 30 Prozent der Befragten wünschen ein Tagesprogramm, das in allen Teilen ihren Wünschen entspricht.

Von den Befragten wünschte der größere Teil Unterhaltung (18%), Spielfilme (14%), Sport (13%), aktuelles Miterleben (12%), Belehrung (12%) und Zerstreuung (10%). Weniger gefragt sind Kulturfilme (9%), Sensationelles (8%) und Politik (3%).

RUNDFUNKSENDUNGEN DER WOCHE

6. 9. bis 12. 9. 1953

Table with 4 columns: STUTTGART, SÜDWESTFUNK, FRANKFURT, NWDR. Rows represent days of the week (So, Mo, Di, Mi, Do, Fr, Sa) and specific program titles and times.

Advertisement for UKW-Gerät (UKW device) with a logo and text describing the product and its benefits.

Advertisement for Grundig and Adagio telephones, listing models and prices.

Advertisement for Radio-Umtausch-Aktion (Radio exchange action) and Saba-Meersburg W 3 radios.

Advertisement for Körting-Spitzen-Super Royal Selector 38 and Radio Freytag radios.